



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1910**

28 (18.1.1910) Abendblattt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-139687](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-139687)



# General-Anzeiger



Abonnement:

70 Pfennig monatlich.  
Belegblätter 20 Pfg. monatlich,  
durch die Post bez. incl. Post-  
zuschlag 24. 2.42 pro Quartal.  
Einzelnummer 6 Pfg.

Inserate:

Die Colonne-Zeile . . . 25 Pfg.  
Auswärtige Inserate . . . 30 „  
Die Reklame-Zeile . . . 1 Mark

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

## Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Gelesenste und verbreitetste Zeitung  
in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben  
(ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbureaus  
in Berlin und Karlsruhe.

Schluss der Inseraten-Aannahme für das Mittagsblatt Morgens 1/2 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Telegramm-Adresse:

„General-Anzeiger  
Mannheim“.

Telefon-Nummern:

Direktion u. Buchhaltung 1449  
Druckerei-Bureau (An-  
nahmen, Druckarbeiten) 343.  
Redaktion . . . . . 377  
Expedition und Verlags-  
buchhandlung . . . 318

Nr. 28.

Dienstag, 18. Januar 1910.

(Abendblatt.)

### Die Zwischenregierung.

(Von unserem Berliner Bureau.)

□ Berlin, 16. Jan.

Seit Bismarcks Abgang ist Herr von Bethmann-Hollweg Kanzler des Deutschen Reiches. Es muß dies immer wieder einmal ins Gedächtnis zurückgerufen werden. Denn da nicht vielen Sterblichen das seltsame Vergnügen zuteil wird, den Reichskanzler zwischen dem Gold- und Silbergleißender General- und Hofuniformen in der niederen Charge eines Dragonermajors ansichtig zu werden, sonst aber Herr von Bethmann-Hollweg fernab von den Parlamenten noch immer tief in die schwierigsten Materien der inneren und auswärtigen Politik einzudringen versucht, da kann wohl der eine oder andere deutsche Staatsbürger leicht vergessen, wer bei uns im Deutschen Reich Koch und wer Kellerer ist.

Wer gestern vorübergehend in der preussischen Landstube saß, der erfährt sehr schnell, wie denn eigentlich im Augenblick die Stärkeverhältnisse in der Leitung unseres Reichsgeschäfts verteilt sind. Herr von Rheinbaben, der preussische Finanzminister, ist der eigentliche Leiter der Geschäfte von jenem Staatsgebilde, das man treffender als mit Preußen-Deutschland wirklich nicht bezeichnen kann. Er ist der mächtige Mann, in dessen Hände sichtbar und unsichtbar alle Fäden der preussisch-deutschen Politik zusammenlaufen; er ist die Verkörperung jenes reaktionären Kurzes, der in Preußen die Eigentümlichkeit der Staatsbildung seit vielen Jahrzehnten ist und der in Preußen-Deutschland nach einem kurzen Interdiktum, eben jener liberalisierenden Kera Bismarck, wieder in seiner ganzen Herrlichkeit rekonstruiert werden soll. Dazu bedarf es freilich nicht der Hilfe des Reichskanzlers, der sich besser vorsichtig-bescheiden im Hintergrund hält, vielleicht bei der Letztbete von Kaiser Wilhelm I. erteilt. Mit dieser inhaltlichen Ruhe soll es nun aber vorüber sein. Auf die Anpassungen des Reichstages hätte Herr von Bethmann-Hollweg ganz sicher nicht reagiert, vor allem schon deswegen nicht, weil es ein Liberaler — in den Augen preussischer Beamten: ein verkappter Revolutionär — gewesen ist, der diese Ruhe hören wollte. Aber in der preussischen Landstube war man mit dem Richterstreifen des Reichskanzler-Ministerpräsidenten unzufrieden, und gar ein adeliger Konservativer hat dagegen remonstriert, daß der Ministerpräsident procul comitis seine Tage hindringt. Und so wird sich dieser vielleicht am Montag schon im preussischen Abgeordnetenhaus einstellen. Man wird ja sehen, ob Herr von Bethmann inzwischen gelernt hat, nach der Pfeife der preussischen Landjunger zu tanzen.

Es fällt in der Tat schwer mit seiner Meinung hinterm Berge zu halten, daß der Reichskanzler-Ministerpräsident in geradezu unverantwortlicher Weise die Beratungen der Parlamente Luft sein läßt. Die Interpellation über die medienbürgerliche Verfassungsfrage berührte unter deutsches Verfassungsleben so sehr, daß vor allem der Reichskanzler als harter Hüter der Verfassung hätte zur Stelle sein müssen. Aber er fehlte hier, wie er gestern wieder bei Beginn der preussischen Sitzungsperiode fehlte, die doch Herrn von Bethmann als preussischen Ministerpräsidenten immerhin noch einiges angeht. Er mußte zur Stelle sein, weil in dieser Debatte die preussische Wahlreform gestreift wird, für die ein Königswort verpfändet

ist, er mußte vor allem auch zur Stelle sein wegen der Äußerungen über die Reichsfinanzreform und über die Schiffahrtsabgaben, die ja gleichermäßen eine recht dringliche Verfassungsfrage geworden sind. Oder lernt der Reichskanzler-Ministerpräsident diese Dinge, die Stimmung der Parteien und des Volkes aus den Akten der verschiedenen Reichsämtler besser kennen? Wirklich, Herr von Bethmann schien in unserer modernen Zeit der berufenste Staatsleiter zu sein! Die „Stützen von Thron und Altar“ machen wenig Federlesens mit dem neuen Herrn, sie legen ihm nahe, für das preussische Abgeordnetenhaus einen Stellvertreter zu ernennen; mag nun auch der Reichstag einen gleichen Wunsch aussprechen, dann kann ja Herr von Bethmann ruhig weiter als des Deutschen Reiches schlimmster Schattenkanzler firmieren. Er ist ja bereits heute nur der Brügelknabe seiner Ministerkollegen; der mächtige Herr von Rheinbaben gab gestern im preussischen Abgeordnetenhaus deutlich genug zu verstehen, daß jener der eigentlich Schuldige gewesen ist, daß den Konservativen in ihren Nöten wegen der Finanzreform nicht Hilfe wurde. Auch da die Klage, daß sich der oberste Reichsbeamte um nichts kümmert. Da sich dieser auch nicht um die öffentliche Meinung bekümmert, so liegt die Frage nahe: Worum bekümmert sich nun eigentlich Herr v. Bethmann-Hollweg?

Vielleicht um die auswärtige Politik! Aber auch da erleben wir Schlappe auf Schlappe, Niederlage auf Niederlage. Unseren Einfluß am goldenen Horn haben wir fast vollständig eingebüßt, in Vorderasien haben wir alle Kap-, unsere Bagdadbahninteressen zu verteidigen, am und auf dem Euphrat und Tigris sind wir völlig lahm gelegt worden, mit dem mächtigen Vetter überm Kanal haben wir in kein eigentlich gutes Einvernehmen treten können trotz aller günstigen Momente, halbdessen haben wir Liebenswürdigkeiten des Baron de Schoon an Frankreich verpumpt, in Marokko müssen infolgebesten deutsche Unterthanen auf den Schutz des Reiches verzichten, und die Verarbeitung des deutsch-portugiesischen Handelsvertrages in der Budgetkommission des Reichstages beweist sonnenklar, wohin wir in der kurzen Zeit seit Bismarcks Rücktritt nun eigentlich gekommen sind. So geht es mit unserer inneren und äußeren Politik nicht weiter, deshalb ist es ein durchaus patriotischer Wunsch, welcher für die Zwischenregierung des Herrn von Bethmann-Hollweg ein baldiges Ende herbeiführt. Wo sind die Leute, welche ihr eine Träne nachweinen würden?

Regierung wirkte auf Angestellte wie auf Arbeitgeber gleichermaßen drückend. Die Interpellation Bassermann begründete der Abg. Stresemann (natl.), der das Verlangen an die Regierung stellte, noch in dieser Session eine Vorlage einzubringen. Die Privatbeamten dürften nicht länger in Ungewißheit gehalten werden; sie hätten bisher den Sirenenklängen aus dem sozialdemokratischen Lager widerstanden. Länger dürfte man sie freilich nicht warten lassen.

Die Antwort der Regierung auf die beiden Interpellationen gab Staatssekretär Dr. Velbrück. Freilich kann diese Antwort nicht befriedigen. Zunächst wies der Staatssekretär auf die technischen Schwierigkeiten der Vorlage hin, die eine Aufarbeitung des Materials bis zum letzten Sommer trotz des Eifers seiner beiden Vorgänger unmöglich machte. Der Staatssekretär hat deshalb in Erwägung gezogen, im Rahmen der Reichsversicherungsordnung den Privatbeamten eine Art Abschlagszahlung zu gewähren, hat das aber schließlich nicht für opportun gehalten. Er erklärte, sich zu bemühen, die Angelegenheit weiter zu fördern und bestrebt zu sein, einen Gesetzentwurf vorzulegen, sobald er dazu in der Lage sei. Gewiß das Mindeste, was man von der Regierung verlangen kann.

In der Besprechung der Interpellation kam denn auch der Unmut über die Erklärung der Regierung zum Ausdruck. Selbst der konservative Abg. Dr. Fischer hielt es für unverständlich, daß die Regierung nicht endlich den Mut der Entschlossenheit hat, an den Reichstag mit einer Vorlage heranzutreten. Namens der Freisinnigen verlangte der Abg. Hornmann eine Vorlage noch in dieser Session und ersuchte die Regierung, darüber Auskunft zu geben, was sie nun eigentlich vorhabe. Scharf sprach sich der Abg. Heine (Soz.) gegen die Regierung aus. Es scheint, als ob die ganze Sache in nichts verschweben solle. Die Verfassungsfrage in Angliederung an die allgemeine Inhabilitäts-Versicherung gesehen. Auch die Abg. Linz (Rp.), Br. J. H. (Pole) und Dr. Burckhardt (Wirtschaftl. Rp.) verlangten, daß die Regierung endlich einen Entwurf vorlege. Nachdem noch Abg. Raden (Zit.) die Meinung ausgesprochen hatte, daß die Antwort des Staatssekretärs bei den Privatbeamten einen Sturm des Unwillens auslösen würde, war die Besprechung dieser Interpellation beendet.

### Nationalliberale Werbearbeit.

Am Sonntag hat der Abgeordnete Bassermann in Stettin über die politische Lage gesprochen. Die Versammlung war überfüllt; hunderte mußten, ohne Eingang finden zu können, wieder umkehren. Die Anwesenden aber fanden Mann für Mann unter dem Bann des Redners, der wieder einmal hinreichend sprach und dafür stürmischen Beifall erntete. So ward der Beweis geliefert, daß in dieser alten Handelsstadt der Leiber seit Jahrzehnten jede Fühlung mit der national-liberalen Partei gefehlt hatte, nationalliberales Empfinden, Verständnis und Interesse für die Partei Rudolf von Bennigsen noch immer nicht erloschen sind. Nimmere bedient die Partei sich in der Provinz Pommern auch krasser zu organisieren: ein eigenes Parteisekretariat, dem eine jugendlich-rührige Kraft, Herr Dr. Mittelmann, vorsteht, ist in Stettin begründet worden. — Der Sonntag-Versammlung hatte übrigens auch Abg. Fuhrmann beiwohnt.

### Politische Uebersicht.

\* Mannheim, 18. Januar 1910

#### Die Verhinderung der Privatbeamten vor dem Reichstag.

□ Berlin, 17. Jan. Im Reichstage war das Bild nicht anders als im preussischen Abgeordnetenhaus. Auch hier lernte Tribünen und im Hause selbst kaum 30 Abgeordnete. Auf der Tagesordnung standen zunächst die Interpellationen über die Pensionsversicherung der Privatbeamten. Die Zentrums-Interpellation begründete der Abg. Sillart, der von der Regierung eine deutliche Antwort über die Frage verlangte, wann nun endlich ein entsprechender Entwurf dem Reichstage zugehen solle, die herrschende Unklarheit über die Stellung der

### Seniiletton.

#### Der Wettbewerb für das Großherzog Friedrich-Denkmal in Mannheim.

(Öffentliche Ausstellung der eingelaufenen Projekte in der Kunsthalle ab Donnerstag, den 20. Januar.)

(Schluß.)

Unter den drei gleichwertig beurteilten preisgekrönten Entwürfen figuriert an zweiter Stelle die Arbeit „Friede“ von Herrn Bildhauer Emil Stabelhofer, Rom. Der Entwurf zeichnet sich durch ein sehr gelaudes plastisches Empfinden, durch eine originelle Lösung des Reiterstandbildes aus. Das Denkmal ist an den Vorderrand der Rotunde gestellt und zwar das Pferd mit der Brustseite gegen den Platz, so daß sich eine schöne Silhouette bildet. In sympathischer Weise ist der Übergang des tiefen Niveau zur Straßenhöhe gelöst. Wasserfälle bilden auch hier die Vermittlung, Tierfiguren flankieren seitlich auf Straßenhöhe den Denkmalbau, Arbeit und wichtige Größe bilden die besonderen Vorzüge dieses Entwurfes.

Einen gleichen Gedanken erfaßt der angekaufte Entwurf von Architekt Plattner, Mannheim und Prof. Schreyer, Karlsruhe. Motto „Einigkeit“. Auch hier ist ein Reiterstandbild mit der Brustseite nach dem Platz gewählt, der Kopf am Platz dem Beschauer zugewandt. Auch dieses Denkmal ist an den Rand der Rotunde gestellt, eine weitere Platzgestaltung jedoch nicht versucht worden, dagegen eine glückliche Andeutung eines Abschlußes gegen die Augusta-Anlage, nämlich eine niedrige als Brunnen ausgebildete Mauer, die von zwei sehr hohen Säulen, von breit ausladenden Ablern gekrönt, flankiert ist. Anfang

und Ende der Treppenläufe sind durch Figuren angedeutet. Es wird aber etwas viel formal nicht einseitige Plastik verwendet, die sich nicht harmonisch so zusammenfindet wie bei dem Entwurf „Friede“. Zu erwähnen ist noch, daß man bei dem Entwurf „Einigkeit“ infolge geschickter Darstellung einen guten Eindruck der Wirkung erhält.

Der weitere angekaufte Entwurf Motto „Treue und Ehre“ von Bildhauer Hermann Taglang, Mannheim — Architekt Müller-Mannheim dürfte seine Anerkennung wohl infolge der sehr glücklich gelösten Reiterfigur erhalten haben, denn die Architektur, ein mächtiger in würdiger Steinprache ruhender Tempel wirkt eher ungünstig als günstig, er erbrückt zu sehr die Figur, die auf einen Hintergrund beruhen ist, um zu wirken. Die glückliche plastische Lösung der Reiterfigur liegt in einer außerordentlich reizvollen Gruppierung von großen und kleinen Formen windenden Genien um die Reiterfigur. Die Stellung des Denkmals ist von den bisher erwähnten Arbeiten verschieden, es ist ganz in die Augusta-Anlage zurückgedrückt, die Rotunde in eine mittlere breite Freitreppe verwandelt.

Als Idee dürfte wohl der Entwurf Motto „Rein und Reder“ von Bildhauer Künstler, Berlin, angekauft worden sein: Die Großherzogfigur sitzend, in der Komposition sagt das von Urbau in Stadtratssaal befindliche Denkmal kopierend; ein kleiner von schlanken Säulen getragener offener Denkmalbau umgibt die Figur. Das gesamte Bauwerk ist gleichfalls am Anfang der Augusta-Anlage gebaut.

Der vierte zum Anlauf gewählte Entwurf Motto „Mannheimer Stadtwappen“ von Bildhauer Heinrich Vanfer und Ludwig Schmieder, Karlsruhe, zeigt einen mächtigen runden Aufbau, auf sechs Feldern Reliefdarstellungen, das Denkmal selbst als Reiterfigur von zwei Genien rechts und links begleitet. Dieser Entwurf ist wiederum auf die Rotunde

gestellt, ein Abschluß gegen die Augusta-Anlage durch eiserne Gitter verläßt worden. Letztere Lösung bildet einen wertvolleren nicht gerade sehr glücklichen Kontrast zur übrigen Denkmalslösung und dürfte wenig Beifall finden. Auch die Lösung der eigentlichen Reiterfigur weist den beiden Genien ist nicht übermäßig originell.

Unter den nicht preisgekrönten und nicht angekauften Entwürfen stehen nun in allmählich stärkerer Abwärtigung die oben angedeuteten Lösungen von Platzgestaltung und Denkmalfiguren wieder. Wir finden neben guten plastischen Formen Figuren, die dem alten Schema entsprechen das wir heute schon als geschmacklos bezeichnen.

Besonders erwähnenswert aber und in mancher Hinsicht den einen oder anderen der angekauften Entwürfen übertreffend, sind noch die Arbeiten mit dem Motto „Granit“, „Pater Patria“, „Treue“ und „Forum“. Die Arbeit „Granit“ verleiht eine sehr glückliche Lösung der künstlerisch notwendigen Einheit des Friedrichsplatzes. Die jetzt schon bestehenden Kolonnaden sind in gebrochener Linie weiter geführt, davor in einem Monumentalaufbau das Denkmal gestellt, die Figur sitzend. Die Rückseite des so gelösten Abschlußes ist geschickt als Brunnen gegen die Augusta-Anlage ausgebildet, der Ausgang von der Tiefe des Friedrichsplatzes in vornehmer Weise als große Mittelstufe durchgeführt. Die durch den Abschluß gebildete Nische kann gleichzeitig für Hermentdenkmäler verdienstvoller Männer aus dem Zeitalter des Großherzogs ausgenutzt werden. Der architektonische Gedanke dieses Entwurfes ist künstlerisch vorzüglich durchdacht, aber die plastische Durchbildung läßt manches zu wünschen übrig.

Bei dem Entwurf „Pater Patria“ interessiert die originelle Lösung der Platzgestaltung des Platz in den Friedrichsplatz einseitig gebildeten Reiterdenkmals. Durch eigenartige Linienführung und Terrassierung der Treppen wird ein langsames An-



In einer außerordentlich zahlreich besuchten Versammlung des Nationalliberalen Vereins zu Braunschweig sprach am Samstag der Reichstagsabgeordnete Dr. Hieber. Er wies unter lebhafter Zustimmung der Versammelten, die Angriffe zurück, die Dr. Diederich Hahn dort vor acht Tagen gegen die Haltung der Nationalliberalen bei der Reichsfinanzreform gerichtet hatte, und gab in großen Zügen ein klares Bild der wirklichen Vorgänge und Zusammenhänge. Sodann ging Professor Hieber zu der augenblicklichen Lage der Parteiverhältnisse über; zeigte, wie das Zentrum das Schlagwort vom Kulturkampf braucht, um die Massen bei der Fahne zu halten; warnte die Konservativen vor zu engem Zusammengehen mit dem Zentrum, das für sie Selbstmord sein würde, und äußerte seine Meinung über die Fusion der Linken mit den Nationalliberalen. Von der nationalliberalen Partei führte der Redner aus: sie sei sich nicht bewußt, durch ihre Haltung zur Verschärfung der Parteigegensätze beigetragen zu haben, und werde in nationalen Fragen nicht im geringsten von der Linie der unbegrenzten Willigkeit und Opferfreudigkeit abweichen. Im übrigen werde sie weiter bemüht sein, die Gegensätze in der Wirtschaft- und Sozialpolitik auszugleichen, und sich von jeder Einseitigkeit fernhalten. Die Partei werde nationale Politik treiben, aber die liberalen Grundsätze nicht verleugnen. Langanhaltender Beifall folgte diesen Worten, an die sich eine rege Aussprache schloß.

**Die Haltung der Schleswig-holsteinischen Nationalliberalen.**

Man schreibt uns:

Durch einen Teil der Presse geht die Nachricht, daß der Generalsekretär der nationalliberalen Partei in Schleswig-Holstein auf der Provinzial-Versammlung des Bundes der Landwirte in Kiel einem Bündnis zwischen den schleswig-holsteinischen Nationalliberalen und den Konservativen oder dem Bunde der Landwirte das Wort geredet habe. Das ist falsch. Der Sekretär Dr. Rathje hat nach einer treffenden Kritik einer Rede des Abg. Roedde und damit der konservativ-bünderischen Reichsfinanzpolitik lediglich die Hoffnung Ausdruck gegeben, daß wie bisher, so auch in Zukunft die Wahrnehmung der 1/2 der Kreise Schleswig-Holsteins beherrschenden landwirtschaftlichen Interessen die Nationalliberalen und Landwirte auf einer Linie finden würde. Im übrigen liegen die Ausführungen Dr. Rathjes klar erkennen, daß die nationalliberale Partei Schleswig-Holsteins die Haltung der Reichstagsfraktion mit Einschluß der Präsidentenfrage billigt; ebenso wie die Nationalliberalen der Nordprovinz sich in der Wahlrechtsfrage — dem augenblicklichen Verbleiben für die politische Machtroute — reiflos an dem auf dem Magdeburger Parteitag festgelegten Standpunkt der Gesamtpartei festhalte. Das bedeutet die Verweisung des Geredes vom Rechtsabmarsch der nationalliberalen Partei Schleswig-Holsteins ins Reich der Fabel — jedenfalls für jeden Denker und wahrheitsliebenden Menschen, das bedeutet die Aufrechterhaltung der Selbstständigkeit nach rechts. Aber in eben dem Maße wünschen die Nationalliberalen Schleswig-Holsteins allerdings ihre Unabhängigkeit und Selbstständigkeit nach links zu betonen. Das ergibt sich aus den besonderen, historisch gewordenen Verhältnissen in Schleswig-Holstein, ergibt sich insbesondere aus der bisherigen Auffassung des Freiinns vom Schuß der landwirtschaftlichen Interessen, die, wie gesagt, 1/2 der Kreise Schleswig-Holsteins beherrschen. Ob die schleswig-holsteinischen Nationalliberalen aus der von ihnen gewünschten Selbstständigkeit auch nach links Vortheil oder Nachteil haben werden, soll man doch ihrer eigenen Sorge und die ihrer Gesamtpartei sein lassen.

**Das Mannesmann-Weißbuch**

findet einen warmen Verteidiger in der „Allgemeinen Korrespondenz“. Sie schreibt:

Wenn man die Denkschrift ohne Vorlesungsgenommenheit durchliest, wird man anerkennen müssen, daß sie eine geschickt und sachlich durchgeführte Verteidigung darstellt. Sie weist nur eine Lücke auf, deren Nichtvorhandensein freilich den ganzen Fall Mannesmann umhüllend gemacht hätte. Die in Algerien versammelten Diplomaten haben nämlich, als sie den Artikel über das ausgearbeitete Vergeseh abfaßten, den Fehler begangen, nicht festzusetzen, daß in der Zeit bis zum Erlaß des Vergesehes veräußerte Ansprüche nicht erworben werden könnten. Die Verteidigung dieses Fehlers in der Denkschrift ist schwach. Denn wenn gesagt wird, man hätte zur Zeit der Algerierverhandlungen an ein baldiges Zustandekommen des Vergesehes geglaubt, so hätten eben die Diplomaten das Wesen orientalischer Staaten und ganz besonders Marokkos etwas guttiefender beurtheilen sollen. Aber dieser Vorwurf trifft die gesamte Diplomatie von Algerien, nicht die deutschen Vertreter allein.

folgen erreicht, das sehr gut wirken dürfte. Allerdings erscheint die Reiterfigur, obwohl plastisch gut durchgeführt, nicht befriedigend. Die verfehlte Auffassung, den Großherzog im Federhütchen auf kraftvoll springendem Pferde darzustellen, ist hier durch die Uebersetzung klar zu erkennen.

Der Entwurf Motto „Freue“ fällt durch eine originelle Künsterbildung auf, in welche das Reiterjanmbild gestellt ist. Auch hier ist eine Fortführung der Arbeiten leise angedeutet.

Die Arbeit Motto „Forum“ zeigt eine gute künstlerische Durchbildung unter Jugunderlegung tüchtiger italienischer Vorbilder und Stellung des Denkmals vor einem Denkmalstempel. Beide Teile lassen aber innerliche Zusammenhanglosigkeit vollkommen vermischen. Die zeichnerische und plastische Durchführung dieses Entwurfs verdient auch noch Erwähnung.

Der Wettbewerb ist somit meiner Ansicht nach mit einem verhältnismäßig sehr guten Erfolg durchgeführt worden, es sind eine Menge Anregungen gegeben worden, die wohl für die endgültige Aufstellung in Betracht gezogen werden können, doch darf nochmals wiederholt werden, daß Prof. Bruno Schmitz berufen zu sein scheint, die Schöpfung des Friedrichsplatzes auch hier zu Ende zu bringen. Wir hätten uns gefreut, wenn ein badischer Künstler einen unbedeutenden Sieg errungen hätte, sie haben tapfer gekämpft, aber einem Großen im Deutschen Reich und wir sind alle deutsch, nicht nur badisch, wird man gerne die Siegerpalme gönnen.

**Buntes Feuilleton.**

— **Staubläusen in Frankfurt a. M.** In letzter Zeit waren der Frankfurter Krim in polizeilicher Rücksicht zugegangen, daß sich in einer vornehmen Villa ein Absteigequartier befände. Kriminalbeamte hätten infolgedessen dem Haus einen Besuch ab, fanden aber zunächst trotz peinlichster Untersuchung aller Räume reich angefaßten und vornehm möblierten Wohnung nicht.

Von diesem Fehler abgesehen, aber hat die deutsche Regierung im Falle Mannesmann verständig, korrekt und konsequent gehandelt. Es war verständig, daß sie, als die Weisung vorlag, das Vergeseh könne eine reinfranzösische Konzeption bekommen, sofort einschritt. Die Franzosen hatten damals den Sultan Abdul Aziz vollständig in ihrer Hand und wenn, wie sie es wollten, in das Vergeseh die Bestimmung hineinkam, daß die Konzeptionen auf dem Wege der freien Auswahl der Bewerber durch den Sultan bereit werden sollten, so hätten weder die Brüder Mannesmann noch sonst ein deutscher Bewerber die geringste Aussicht auf Berücksichtigung gehabt. Deshalb war es verständig, daß der deutsche Gesandte und auf seinen Bericht hin auch das auswärtige Amt in Berlin es durchzusetzen wußten, daß das diplomatische Korps eine gewisse Kontrolle beim Zustandekommen des Vergesehes ausüben sollte, und daß das Vergeseh vor seiner Veröffentlichung dem diplomatischen Korps vorgelegt werden müßte. Was den materiellen Inhalt des Vergesehes anbetrifft, so vertritt Deutschland die Durchführung des Prioritätsprinzips bei der Gewährung der Konzeptionen.

Hätte die deutsche Regierung in dieser Weise das gute Recht der Brüder Mannesmann zu wahren gesucht, so hat sie ihnen andererseits nie einen Zweifel daran gelassen, daß sie die Konzeptionen, die auf eine Monopolisierung der Vergesehsgeschäfte hinausgingen, nicht unterstützen könne, weil derartige Bestimmungen dem Geiste der Algerieakte widersprächen. Dieser Standpunkt der deutschen Regierung war um so korrekter, als gerade Deutschland mit dem Lösungsworte „Weisheit Recht für Alle und offene Türe“ die englisch-französische Abmachung vom 8. April 1904 durchkreuzt hätte. Die deutsche Regierung konnte ferner, nachdem sie zur Regelungzeit des Sultans Abdul Aziz dagegen Einspruch erhoben hatte, daß die Konzeptionen nach dem freien Ermessen des Sultans vertheilt würden, nun nicht davon absehen, weil zur Regierungzeit des Sultans Ruler Haid die Brüder Mannesmann auf dieser Basis, d. h. auf dem Wege der direkten Verhandlungen mit dem Sultan und nach dessen Ermessen ein Vergesehsmonopol erworben haben wollten. Die Regierung müßte vielmehr daran festhalten, daß die eigentlichen Konzeptionen erst nach dem Erlaß des Vergesehes erteilt würden. Da ein solches Vergeseh bis zum heutigen Tage noch nicht erlassen worden ist, so kann sie die Sorge der Brüder Mannesmann nur soweit vertreten, als sie mangels Eintragung der Interessen auf ein Schiedsgericht hinweist, das dann zu entscheiden haben wird, in welchem Umfang die Mannesmannschen Ansprüche als Rechte anzusehen sind.

Man wird nach dem viel misshandelten Spruche „Right or wrong my Country“ vielleicht sagen, daß die Regierung gegen ihre Ueberzeugung von Recht und Billigkeit und gegen ihre eigene in der Vergesehfrage unternommene Aktion die Ansprüche der Brüder Mannesmann durch die und Tünn hätte verteidigen müssen. Vielleicht hätte sie damit Erfolg gehabt, vielleicht auch nicht. Wer sehen wie einmal als politisch, daß sie Erfolg gehabt hätte, was wäre dann die Folge gewesen? Die Brüder Mannesmann freilich wären „sein heraus“ gewesen, aber auf die Zuverlässigkeit und Ehrlichkeit der deutschen Diplomatie hätte niemand mehr einen Groschen gewagt. Und wenn man wieder einmal die deutsche Diplomatie verachte, um die Intriguen eines fremden Staates zu durchkreuzen, eine Macht oder deren mehrere auf ihre Seite zu dringen, so würde sie mit einem solchen Versuche scheitern. Denn man würde ihr aus dem Vergeseh alle den Vorwurf machen, heute nicht mehr als bindend anzuerkennen, was sie gestern mit aller Kraft durchzusetzen versucht hat. Eine solche Diskreditierung der deutschen Diplomatie aber wäre eine schwere Schädigung und eine große Gefahr für die ganze Nation. Und wenn sich ein Gegenstand ergibt zwischen den Interessen der Einzelnen und denen der Gesamtheit, so müssen die Interessen der Gesamtheit vorangehen.

Ganz kurz und lakonisch aber schreibt am Schluß der Wieder- gabe des Ausguges aus dem Weißbuch die „Freisinn. Ztg.“:

„Alles recht schön und gut gesagt, aber wir fürchten, die Leidtragenden bei dieser ganzen Politik werden schließlich die deutschen Untertanen sein. Wir können nicht umhin, zu fragen, wie sich wohl die französische Regierung verhalten haben würde, wenn nicht die Brüder Mannesmann, sondern ein Franzose sich die Priorität der Konzeption gesichert haben würde.“

**Deutsches Reich.**

— **Das Verfahren gegen den Abg. Bruhn.** Die Voruntersuchung gegen den Reichstagsabgeordneten und Herausgeber der „Wahrheit“ Bruhn nähert sich ihrem Ende. Es wird Anklage erhoben, denn es wurden 20 Fälle festgestellt, die Herrn Bruhn angeblich belasteten sollen. Solange er allerdings dem Reichstag angehört, kann ohne Genehmigung desselben kein Verfahren gegen Bruhn nicht eröffnet werden. Die Beleidigungsanklagen des Verlegers der „Wahrheit“ gegen eine Reihe von Blättern sind jetzt zur Erledigung der gerichtlichen Voruntersuchung, ausgesetzt worden.

— **Der Hansabund und die Frauen.** Der Zweigverein Wiesbaden des Hansa-Bundes beschloß in seiner außerordentlich hart besuchten Vorstand- und Gesamtausschusssitzung am Sonntag, auch die erwerbstätigen Frauen zur Mitarbeit am Hansa-Bund heranzuziehen. Sowohl selbständige Frauen als angestellte sollen

was ihren Verdacht befähigen konnte. Schließlich kam man an einen Bandhändler, der sich mit Hilfe von Diebstählen nicht öffnen ließ und angeklagt werden mußte. Die Kriminalpolizei fand dahinter einen ihr bisher verborgen gebliebenen Mann, in dem sich eine Gesellschaft von acht Personen befand, und zwar, fünf verheiratete Damen, ein junges Mädchen und zwei verheiratete Männer, deren Namen festgestellt wurden.

— **Attentat eines Geisteskranken.** Aufwendend Sydena verurteilt in einer der letzten Nächte der Wildhändler Otto Wendt in Altdorf. Morgens gegen 4 Uhr sprang er auf und gab an einem Bewohner und zwei Gewehren auf seine Frau und seine beiden Töchter mehrere Schüsse ab, die aber in der Dunkelheit ihr Ziel verfehlten. Wendt nahm dann einen Besenstiel und mißhandelte seine Frau, die mit den Töchtern flüchten mußte. Einem Schlosser, der den Frauen zur Hilfe geeilt war, erging es nicht besser. Das Haus befand sich schließlich in einer Art Belagerungszustand, bis auf Grund des Hauswirthes mehrere Schaulente erschienen. Auch diese bedrohte Wendt mit seinen Schußwaffen. Er wurde aber durch die Ueberwältigung, gefesselt und nach der Nacht gebracht. Dort untersuchte ihn ein Arzt, der gemeingefährliche Geisteskrankheit feststellte und die Ueberführung nach einer Anstalt ordnete.

— **Unterdrückungen auf dem Dampfer „Kaiserin Auguste Viktoria“.** Auf der Reise von Carthagen wurden bei der Rückkehr des der Hamburg-Amerika-Linie gehörigen Dampfers Kaiserin Auguste Viktoria aus Neypport 38 Personen des Küchen- und Reklampersonals verhaftet. Sie werden beschuldigt, Veruntreuungen an Proviant, namentlich an Fleisch und Konserven, verübt zu haben. Auf der letzten Reise der Kaiserin Auguste Viktoria schiffen sich drei Kriminalbeamte ein, zwei als Passagiere im Firstendeck, einer als Steward, um beifällig zu sein. Die Beamten deckten die seit längerer Zeit beobachteten Abgänge im Proviantlager auf, traten sofort mit dem Dampfer „Hücker“ die Nordreise nach Deutschland an und empfangen in Carthagen die „Kaiserin Auguste Viktoria“, auf der sie die Verhaftung der unge-

alt Mitglieder aufgenommen und im Vorstande wie im Gesamtausschuss als vollberechtigte Mitglieder Sitz und Stimme finden. Es wurde ferner beschlossen, dahin zu wirken, daß der Gesamterband diese Stellungnahme zu der feintigen mache, weshalb bei dem Direktorium in Berlin unvorzüglich die entscheidenden Schritte getan werden sollen.

— **Die „Tägliche Rundschau“.** Berliner Blätter verzeichnen das Gerücht: die „Tägliche Rundschau“ sei vom Abgeordneten Schwaibach angekauft worden. Wir werden gebeten festzustellen, daß an diesem Gerücht kein wahres Wort ist.

**Badische Politik.**

— **Oppfingen, 17. Jan.** Hier wurde gestern in einer sehr gut besuchten Versammlung ein liberaler Ortsverein gegründet, dem sofort eine große Anzahl Bürger als Mitglieder beitraten.

Die „Deutsche Tageszeitung“ und Hr. v. Erdman.

— **Berlin, 18. Jan.** In der bayerischen Abgeordnetenkammer hat der Ministerpräsident bei der Staatsdebatte anerkannt, daß die Sozialdemokratie auf sozialpolitischem Gebiet manche Anregungen gegeben habe und in der badischen zweiten Kammer hat ungefähr zu gleicher Zeit der Minister des Innern Hr. von Bodmann erklärt, daß er bereit sei, mit der Sozialdemokratie im Parlament zusammenzuarbeiten. Ueber diese beiden Ministerreden ist die agrarische „Deutsche Tages-Ztg.“ äußerst aufgebracht. Das Blatt schreibt: „Wir wiederholen demgegenüber, daß wir für diese Auffassung kein Verständnis haben. Die Sozialdemokratie ist antimonarchisch und steht deshalb außerhalb der Verfassung. Die der Minister eines monarchischen Staates die Meinung haben kann, die Sozialdemokratie solle im Parlament vertreten sein und er arbeite gern mit ihr zusammen, geht über unser Verständnis hinaus und ist mit unserer monarchischen Auffassung unvereinbar. Den beiden Herren Ministern möchten wir dringend die Lektüre der „Leipziger Volks-Ztg.“ empfehlen, die beispielsweise in der Sonnabend-Nummer wieder von den verschiedenen Wortbrüchen eines preussischen Königs spricht und wörtlich schreibt: „Die Arbeiterklasse preist auf Königsthorste folgt wie auf andere Verheeren. Sie vertraut auf ihre Stärke. Die preussischen Könige waren nie etwas anderes, als Höfische der Kunst.“ Die „Deutsche Tages-Ztg.“ knüpft daran die Frage: Sollen solche Leute wirklich im Parlament vertreten sein? Wenn die „Deutsche Tages-Ztg.“ für die Situation in Süddeutschland und für die Aussprüche der Minister kein Verständnis hat, wie sie selbst schreibt, so soll sie auch ihre Verständigungslosigkeit nicht noch öffentlich feststellen. Die „Deutsche Tageszeitung“ vergißt eben, daß die politische Lage in Nord- und Süddeutschland so verschieden ist, wie die Haltung der preussischen, sächsischen und der süddeutschen Sozialdemokratie.

**Ein königlicher Prinz Mörder des Kronprinzen Rudolf?**

Die Reihe der Darstellungen, die sich mit dem Drama von Meneering beschäftigen, ist jetzt noch durch einen Bericht des „Journal de Geneve“ vermehrt worden, dessen Verfasser sich sehr sichtbar gibt. Es heißt darin: Die Darstellung des Tempels ist so ziemlich die vertretene, die in Umlauf geht worden ist, und dennoch ist der weltliche Vorgang der Dinge in den österreichischen Hofkreisen ziemlich bekannt. Ich war z. B. der Katastrophe in Wien und hatte Beziehungen zu einer hochgestellten Persönlichkeit aus der Umgebung des Kronprinzen, dem inzwischen verstorbenen Grafen B. Ich werde Ihnen also Tatsachen und nicht Kombinationen berichten. Erzherzog Rudolf das ist außer Zweifel, ist durch einen eifersüchtigen Liebhaber getötet worden, einem Prinzen von königlichem Geblüt, der durch seine Schwägerin mit dem österreichischen Hofe verschwägert war. Dieser Prinz war damals Witwer (er hat sich inzwischen wieder verheiratet) und war in Marz von Bessera flehlich verlobt. Ein Gerücht wollte sogar wissen, daß er sich mit ihr verlobt hatte; von den Beziehungen seiner Braut zum Kronprinzen Rudolf hatte er natürlich nicht die geringste Ahnung. Er wußte davon sogar nicht einmal an jenem Abend, an dem er sich nach Meherling begab, wo der Erzherzog einige Freunde zum Souper geladen hatte. Marz wohnte diesem Souper nicht bei, sie war vielmehr in dem Zimmer des Erzherzogs verbleibt, und alle Teilnehmer des Banketts achteten nichts von der Gegenwart des jungen Mädchens. Am nächsten Morgen sollte es frühzeitig auf die Jagd gehen, man zog sich deshalb schon gegen 10 Uhr zurück. Der Prinz, der in der Oper gewesen war, kam zu spät. Man ließ ihn in eines der für ihn reservierten Schlafzimmer eintreten, denn er wollte ebenfalls an der Jagd teilnehmen. Es ist nun wahrscheinlich, daß er in dem Zimmer

treuen Beamten vornahm. Der Dampfer „Kaiserin Auguste Viktoria“ ist 25,000 Tonnen groß und hat 588 Mann Besatzung. Des Küchen- und Bedienungspersonal umfaßt 360 Personen. Die Provianträume sind 800 Kubikmeter groß und mit den Küchen durch elektrische Anlagen verbunden. Für die Konservierung des Proviantes sind zwei große Kühlmaschinen vorhanden. Für eine Ausreise werden etwa folgende Mengen des haushälterisch erforderlichen Proviantes an Bord genommen: 32,000 Pfund Fleisch, 7500 Pfund Wild und Geflügel, 3500 Pfund frische und 200 Pfund geräucherter Fische, 7500 Pfund frische, 80 Kisten Konserven, 26,000 Stück Eier, 12,000 Stück frisches Brot, für 1800 Mark frisches Gemüse. Außerdem kommen an Bord für die Aus- und Heimreise 9000 Pfund Fleisch in Dosen, 3600 Pfund gelassenes Fleisch, 4850 Pfund Schinken, Wurst usw., 1800 Pfund geräucherter Speck, 2000 Pfund Butter, 3900 Pfund Käse, 50,000 Pfund Mehl, 15,000 Pfund Reis und Hülsenfrüchte, 4000 Liter Gemüselikörner, 4100 Pfund Kaffee, 300 Pfund Tee, 3000 Pfund Koffinaden, 8000 Liter Milch und Rahm, 4000 Pfund Sauerlöh, 20 Tonnen Serringe. An Getränken: 15,000 Liter und 1200 Flaschen Bier, 900 ganze und 1900 halbe Flaschen Champagner, 1200 ganze und 900 halbe Flaschen Bordeaux- und Burgunderwein, 1680 ganze und 1400 halbe Flaschen Rhein-, Mosel- und Saarweine, 3500 ganze und 6000 halbe Flaschen Mineralwasser, 950 Flaschen Wörze und Spirituosen, Also genug an Getränken, die geplündert werden können.

— **Das Schicksal des Ballons „Luna“.** Der Ballon „Luna“ des sächsischen Vereins für Luftschiffahrt, der, wie erinnerlich, vor längerer Zeit auf einer Reise nach Norwegen verschlagen wurde, ist bis jetzt noch immer nicht gefunden worden und die Hoffnung, daß der Julaße des Ballons, Leutnant Richter, sich noch am Leben befindet, ist völlig gesunken. Aus Dresden wird gemeldet: Den übereinstimmenden Berichten der russischen, sächsischen und norwegischen Behörden zufolge ist vom Ballon „Luna“ nichts erbedet worden. Der Führer des Ballons, Leutnant Richter, ist offiziell als verlohren erklärt worden.



des Kronprinzen Rudolf Stimmen vernahm, und die Stimme Marys wieder erkannte. Er soll jetzt an die Tür geklopft haben, wobei er drohte, sie mit Gewalt zu erbrechen, falls man ihm nicht öffnete. Einige Augenblicke später erfolgte eine Detonation. Man wird niemals erfahren, ob sich Mary selbst das Leben genommen hat, oder ob sie vom Kronprinzen auf ihre Bitte getötet worden ist. Der Prinz erbrach die Tür und fand sich dem Kronprinzen gegenüber. Es kam zu einem Handgemenge, in dessen Verlauf dem Erzherzog zwei Finger gebrochen wurden. Sie hingen nur lose an der Hand des Leichnams, man verdeckte sie später durch schwarze Handschuhe. Der Schädel des Unglücklichen war eingeschlagen, aber nicht durch eine Klappe, sondern durch den Kolben eines Jagdgewehrs. Der Erzherzog hatte sich verteidigt und seinen Gegner ziemlich schwer verwundet. Letzterer blieb noch 10 Tage nach der Katastrophe im Schloß Meersburg, wo er von dem Professor Dr. Baron W. behandelt wurde, der sich alle Tage in einem Hofzuge zu dem Patienten begab. Jedermann bemerkte, daß der Prinz bei der Beerdigung des Kronprinzen abwesend war. Das sind die Tatsachen, und jetzt noch einige Worte zu dem Artikel des „Temps“: Niemand hat ein Ballast in den Fuß über die Schwelle von Meersburg gesetzt. Keiner von ihnen — es waren drei Brüder von Marys Mutter — ist drei Monate nach dem Drama gestorben; ich glaube sogar, daß sie noch alle drei, Kristian, Hektor und Heinrich, am Leben sind. Von denjenigen, die die Wahrheit in allen Einzelheiten gekannt haben, leben nur noch der Kaiser und vielleicht Grafisch, der Richter. Er war bald nach dem Tode seines Herrn verschwunden, und man hat nicht wieder von ihm gehört. Der Prinz Konstantin Hohenzollern, der Graf von Hohenheim und der Graf von Hohenhausen, die sich damals in Meersburg befanden, sind inzwischen gestorben. Es existieren zwei Dokumente über die Katastrophe, das eine redigiert von den genannten verstorbenen Funktionären und gegengezeichnet vom Kaiser, ein Dokument, das sich unter Siegeln in den Archiven der kaiserlichen Familie befindet, und als zweites ein eigenhändig geschriebener Brief des Kaisers, der an den Papst Leo XIII. gerichtet ist und der sich noch in den Archiven des Vatikans befinden muß.

## Aus Stadt und Land.

Mannheim, 18. Januar 1910.

### Zu den Kirchengemeinderatswahlen der evangelischen Gemeinde.

Zu den Ausführungen der 9 Geistlichen haben wir folgendes zu erklären:

Es ist tief bedauerlich, daß nun auch die 9 Geistlichen, gerade so wie ihre Parteigenossen aus der Laienwelt in ihrer Erklärung um die Hauptfrage herumgehen, nämlich um die Frage: „Wie konnten es die Herren verantworten, bei der letzten Pfarrwahl entgegen den protestantischen Grundgrundsätzen einen Geistlichen durchzuführen zu lassen, der vor der überwiegenden Mehrheit seiner Gemeinde gewählt worden war, und zwar nur deshalb, weil er den Wahlberechtigten zu sozial war?“ Wenn die 8 Herren Geistlichen sich mit Begeisterung der Vergewaltigung der protestantischen Weltanschauung, so wie es ihre Pflicht war, entgegengetreten hätten, wäre die vollstreckliche Bewegung zur Selbstreform der Kirche nicht mit der elementaren Wucht in Aktion getreten, wie es geschah. Wenn Geistliche einer Bewegung innerhalb der Gemeinde Demagogie vorwerfen so können überzogen sein, so sollte man doch verlangen, daß die Herren gleichzeitig die Beweise für eine solche Beleidigung der Öffentlichkeit vorlegen und die einzelnen Tatsachen angeben. Das ist nicht geschehen. Wir bezeichnen dabei die Ausführungen in dieser Richtung so lange als irreführend, bis die einzelnen Tatsachen angegeben und bewiesen sind. Die ganze Entschuldigungs wegen des Verhaltens bei der Wahlfeier ist für uns nicht stichhaltig. Es ist uns unverständlich, wie die Herren immer wieder von neuem behaupten können, wir hätten in der Kirchengemeinderatsversammlung die Mehrheit bekommen können, wenn unser Vorschlag durchgegangen wäre. Folgendes bleibt, bis das Gegenteil bewiesen ist, richtig: Hätte unser Vorschlag gegolten, so hätten wir im Kirchengemeinderat 6, außerdem in der Kirchengemeinderatsversammlung 43, zusammen also 49 Mitglieder gehabt, die vereinigten Gegner im Kirchengemeinderat 14, in der Kirchengemeinderatsversammlung 34 und eventuell die drei nachgewählten 37, also ohne die Geistlichen zusammen 51 Stimmen. Mit den Geistlichen wäre sie unter allen Umständen in der Mehrheit gewesen.

Die Liberalen und positiven Geistlichen sind nicht nur Mitglieder der besagten Organisationen, sondern sie haben auch während des Wahlkampfes die anschließenden Sitzungen zum größten Teil mitgemacht. Die Kampfwiese unserer Gegner müßten sie also wohl gegen sich gelten lassen. Im Konfirmandenjahr der Trinitatiskirche wurde z. B. eine Agitationsversammlung abgehalten. Ohne Zustimmung der Geistlichen hätte das Lokal zu diesem Zweck nicht hergegeben werden können. Die moralische Pflicht, die den Geistlichen gebot, öffentlich ihren Standpunkt bei den Wahlen darzulegen, hätte ihnen seinerzeit auch geboten müssen, gegen den Wohlwollen und die späteren Intrigen unserer Gegner öffentlich Stellung zu nehmen. Das hätte der Auffassung der Geistlichen über kirchlichen und christlichen Geist entsprochen. Man hat auch nicht gehört, daß sie ihren Einfluß im Sinne einer Ausdehnung der Wahlzeit bei den Kirchenversammlungen im Sinne unserer Anträge geltend gemacht hätten; durch diese Unterlassung wurde mehreren hundert Wählern die Ausübung ihres Wahlrechts unmöglich gemacht. Wir beschränken, daß durch Zuwahl von 8 Mitgliedern unserer Vereinigung die geordnete Geschäftsführung des Kirchengemeinderats auch nur im geringsten Not gelitten hätte. Nachdem die Geistlichen es unterlassen hatten, sich unserer Organisation zu nähern, sondern vielmehr bei unseren Gegnern tätig geworden waren, wird wohl von uns keiner ernsthaft erwartet haben, daß wir die Herren bei Aufstellung unserer Liste gefragt hätten; „Ist Ihnen der oder jener genehm?“ Nämlich wirkt dieses Verlangen der Geistlichen, wenn man bedenkt, daß dieses „Hinauswählen“ alter Mitglieder an anderen Orten, wenn es für notwendig erachtet wird, selbstverständlich ist. Weidmännisch ist es uns ganz neu, daß die Herren Geistlichen bisher mit allen Mitgliedern der Kirchengemeinderatsversammlung so sehr zufrieden waren, wie das nach der Veröffentlichung des Anscheins haben könnte.

Wenn sich künftig mehr Leute infolge unserer Arbeit an kirchlichen Leben beteiligen, so ist das alles weniger als eine Störung der bisherigen Gemeindeglieder. Selbst wenn es vollkommen sollte, daß das neue Leben einigen bisher weniger aus-  
 schlaggebenden Personen wenig angenehm ist, so hat das für die

Allgemeinheit nichts zu bedeuten. Wir werden dies beweisen, selbst wenn es unseren Gegnern gesungen sollte, Herrn Dr. Jineisen aus Mannheim hinauszuweisen. Wenn die Geistlichen sich über die Arbeit eines Kollegen in ihrem Bezirke zu beschweren Grund hätten, so könnte es nur in dem Falle recht sein, daß jener Geistliche die geordnete Seelsorge im fremden Bezirke selbst in die Hand nähme. So haben auch schon positive Geistliche in der Redarstadt positive Versammlungen abgehalten, über die sich nach unserer Auffassung mit Recht niemand beschwert hat. Die Volkstirchliche Vereinigung hat nur einen Geistlichen in Mannheim und der ist Herr Stadivikar Dr. Jineisen. Ist es da nicht geradezu selbstverständlich, daß derselbe in Bezirksversammlungen anderer Kirchspiele auf Wunsch unseres Vereins spricht? Außerdem hat es keinen größeren Eingriff in die Verhältnisse der Trinitatiskirche durch die Eingriffe der Geistlichen der anderen Kirchen gegeben, als damals, wo ein Teil der anderen ständigen Geistlichen den Dr. Jineisen nicht zum Pfarrer der Trinitatiskirche wählten, obwohl die überwiegende Mehrheit der zur Kirche gehörigen Mitglieder ihn wünschte. Wenn die Geistlichen jetzt tatsächlich Grund haben, über die Störung der Gemeindeglieder durch uns zu klagen, was wir übrigens bestreiten, so mag mit ein Anlaß dazu gewesen sein, daß sie unsere Bestrebungen ignorierten. Die Vorwürfe gegen Dr. Jineisen wird dieser selbst nach auf geordnetem Wege zurückweisen. Wir zweifeln nicht daran, daß die Herren Geistlichen vor dem Austritt des Dr. Jineisen ernstlich bemüht waren, die Arbeiterkirche wieder für die Betätigung im kirchlichen Leben zu gewinnen. Der Erfolg war aber nicht groß, jedenfalls nicht zuletzt deshalb, weil die angewandten Mittel untauglich waren. Hierin hat eben Dr. Jineisen mehr geleistet, als mancher anderer Pfarrer. Wir erinnern hier nur z. B. an die Betätigung im evangelischen Volksbüro. Wer hat die Herren gehindert, derartige Einrichtungen schon vorher zu schaffen?

Der derzeitige Vorstand der volkstirchlichen Vereinigung hat bei den verflochtenen Wahlen offen und ehrlich seinen Standpunkt vertreten und wird es auch fernerhin tun, einerlei, ob es unseren Gegnern, einschließlich der Pfarrer, paßt oder nicht. Wir lehnen eine einträgliche Arbeit nicht ab; dieselbe kann aber erst kommen, wenn unsere Gegner sich bereit finden, unsere gerechten Ansprüche anzuerkennen. Das ist bei der letzten Wahlen wohl nicht geschehen, weshalb wir die Verantwortung für eventuell weitere Störungen unserer Gemeindeglieder einzig und allein unseren Gegnern überlassen müssen.

(Folgen die Unterschriften des Vorstandes der Volkstirchlichen Vereinigung.)

Otto Reutter im Apollotheater. Es ist wohl nicht zu viel behauptet, wenn wir sagen, daß Otto Reutter, der König der Humoristen, der Vorkämpfer der Mannheimer, ein ganz einseitiges Repertoire mitgebracht hat. Man bedauert: der Künstler hat 15 Minuten auf der Bühne, bringt neun Beiträge, ein Repertoire, in das sich drei oder vier Kollegen gerne teilen würden, und trotzdem will ihn das Publikum nicht scheiden lassen. Immer wieder wird er vor die Rampe zitiert, bis schließlich die an der langen Stange baumelnden Unausgesprochenen dem Beifallskultur ein Ende machen. Wenn der Hörer nach einer gefühlvollen Stunde noch ausnahmsweise ist, entsetzlich, förmlich elektrisiert noch mehr haben der Reutter'schen Muse verlangt, dann darf man ruhig sagen: Reutter marшиert immer noch weit voraus an der Spitze aller deutschen Humoristen. Schon sein „Deburtskindchen“, mit dem die Darstellungen eingeleitet werden, ist ein echter Reutter'scher mit einer Fülle von witzigen Pointen, geistreichen Wendungen, zündenden Beobachtungen, die namentlich die amüsantesten Vorgänge an dem Welttheater blendend und trefflicher beleuchten. Ein Spezialfreund, der hinter den Kulissen zu stehen hat, hat Reutter den Stoff zu einem Vorkaufspiel geliefert, das aber bald in allen Bezirken gelungen werden wird, weil es verschiedene atonale kommunale Begebenheiten in einer geradezu unübertrefflichen Art behandelt. Selbst der Strohensbruch auf dem Gelände der Juckerfabrik bleibt nicht ungelöst. „Es gibt nur ein Mannchen am Rhein!“ heißt der Refrain. Es ist unmöglich, das übrige Repertoire so zu besprechen, wie es angesichts seiner Qualität besprochen werden sollte. Das ist ja auch nicht der Zweck dieser Zeilen, die nur eine schwache Schilderung von der Wirkung geben können, die Reutter durch seine Darstellungen, nicht minder aber auch durch die ungewöhnliche Art seines Vortragens ausstrahlt. Das Publikum soll nur dazu angetrieben werden, das Theater Abend für Abend bis auf den letzten Platz zu füllen, denn Reutter und das übrige Repertoire verdienen einen Rosenkranz. Aber zwei Beiträge möchten wir doch noch hervorheben. „In dem Moment“ heißt der eine, „immer fort!“ der andere. Es sind bewundernswürdige Leistungen. Hier hat sich Reutter sehr abgemüht. Hier zeigt er alle Regier seiner einseitigen Kunst. Gemüt, Geist, Solace, scharfe Beobachtungsgabe, ein scharfer Blick für die Schwächen der lieben Mitmenschen haben hier Arbeiten von unergieblicher Wirkung geschaffen. Und dann der Vortrag! Wie fein abgemessen ist jedes Wort, wie virtuos schmiegt sich die Musik den Versen an. So ist es wohl begrifflich, daß sich der Beifall von Nummer zu Nummer heizt, um schließlich in entzückender Begeisterung auszuklingen. Wirkungsvoll eingeleitet wird das Reutter'sche Repertoire durch den von Herrn Kapellmeister Fritz Prager komponierten Otto Reutter-Marsch, der in seiner frischen, hellen, charakteristischen und farbenreich instrumentierten Art so gut gefällt, daß er bereits nächsten Sonntag auf der Parade geliebt wird. Das Ensemble, das den Hauptvortrag Reutter untrahmt, muß erstklassig sein, wenn es nicht abfallen will. Jede Nummer ist deshalb auch eine Attraktion, sowohl die Campyretische in ihren herausragenden inneren Leistungen als in ihrer äußeren Bed. als auch die überaus graziöse Sängerin Till Ditt und The Sandwin, eine Nummer, die haarensträubend weibliche Anziehungen bringt. Die ideal gebaute Künstlerin, die sich durch ihr dezentest Kulturen die Sympathien des Publikums im Grunde erobert, über mit ihrem nicht gerade schmalen gebauten Lebensgefährten unerbittliche Realanforderung voraussetzende Trübs in einer Weise aus, daß man glauben könnte, eine Stodpuppe vor sich zu haben. Darin ist ein einem Duett, das mit echt pariserischer Grazie sang und sang, heißt Juno Saimo, eine Nummer, die schon in ihrer Auffassung als eine Lebenswirklichkeit qualifiziert, noch mehr aber, wenn der Künstler als Teil der unglücklichen Witwenvereinerinnen auf einer Stange und am Trapez auftritt. Was Reutter jedoch der reizende Refrain Leonard Gaultiers: In einem Spielwörterbuch und Droschke Program ab, das jedem Weltbürger zur höchsten Freude gereichen würde. Vollständig wird die Direktion, die übrigens in der Zusammenstellung und Auswahl der Nummern eine hervorragende Probe ihres Könnens und ihres feinen Geschmacks abgelegt hat, für die enormen pekuniären Aufwendungen durch noch recht viele ausserordentliche Künstler entschädigt.

Gefordert ist Samstag früh in Reda gemünd Stadivikar Reutter. Der Verstorbenen verlich Vorzeim im Jahre 1902, nachdem ihn längere Zeit zuvor geschwächte Gelandheit an der Ausübung seines Amtes gehindert und ihn veranlaßt hatte, seine Pension zu nehmen.

Aus dem Schöffengericht. Die Johann Dillheiser Ehefrau äußerte sich am 7. Juli v. J. bei einer Einvernahme wegen einer Mißhandlung durch den Polizeiergeanten Schmidt über den Schühmann Effelsberg, den Mißhandlung, in beleidigender Weise, indem sie äußerte, die Mißhandlung, welche Maschinen bezahlten Kanen, würden nicht angezeit, deren Miß sei immer gut. Das Schöffengericht verurteilte die Angeklagte zu einer Geldstrafe von 50 M.

Das Ludwigshafen. Der Unbekannte, welcher in der Nacht zum Sonntag die Treppe am Bahnhofsvorplatz hinunterstürzte und an den Folgen der erlittenen Verletzung verstarb, wurde als der 36 Jahre alte ledige Ledarbeiter Philipp Fillion von hier festgestellt. — Der letzte 22 Jahre alte Kaufmann Heinrich Beter aus Wahren, dahier in Stellung, wird seit 14. Dezember vermisst. Es wird vermutet, daß sich der junge Mann ein Leid angetan hat, da er schon seit einigen Tagen ein geförtes Wesen zur Schau trug

und sich unter Hinterlassung seiner Haus- und Zimmerschüssel entfernte. — Ein Tapezierer stürzte in einem Hause der Markstraße von einer Leiter herunter und zog sich erhebliche Verletzungen zu.

### Sitzung des Bürgerausschusses

vom 18. Januar 1910.

Oberbürgermeister Martin eröffnet um 3 Uhr 15 Min. die Sitzung in Anwesenheit von 79 Mitgliedern. Die Vertreter des eingemeindeten Feudenheim wohnen heute erstmals der Sitzung bei.

Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete Herr Oberbürgermeister Martin dem vorgestern gestorbenen Stadtrat Emil Magenau folgenden tief empfundenen Nachruf:

„Mit dem Gefühl ausdrücklicher Betrübniß und schmerzlichen Bedauerns treten wir heute in die Sitzung ein, gedenkend unseres langjährigen Freundes und verdienstvollen Kollegen Emil Magenau, den in voller Gesundheit, mitten in seltener Körperfrische und erstaunlicher geistiger Regsamkeit vor zwei Tagen jäh und sanft zugleich der Tod berührte und den wir morgen leider zur letzten Ruhestätte geleiten. Schwer wird die Lücke auszufüllen sein, die dieser tapfere Mann in unserem Kollegium wie im öffentlichen Leben unserer Stadt überhaupt ausfüllte. Hat doch Emil Magenau nahezu 3 Jahrzehnte, genau 29½ Jahre, dem Bürgerausschuß, dessen dienstältestes Mitglied er war, als Stadtverordneter und Stadtverordneten-Vorstand und als Stadtrat angehört, in eifriger, aufopferungsvoller Tätigkeit. Er hat sich neben seinem intensiven und erfolgreichen politischen und sozialen Leben der Stadt gewidmet wie es selten vorkommt, obwohl er durch eine ausgedehnte private Berufstätigkeit in Anspruch genommen war.“

Schon die ungewöhnliche Zahl und Wichtigkeit der städtischen Funktionen, in die er belagert war — ich nenne nur auf dem Gebiete der Finanzwirtschaft, Gehalts- und statistisches Gebiet, soziale Fürsorge, Arbeitsnachweis, Kochschule, insbesondere das Unterrichtsweien, Beirat des städtischen Untersuchungsamtes, der Handelshochschule und des Verwaltungsrates des Gas- und Wasserwerkes — zeugen deutlich und laut von der eminenten Schaffenskraft, von der großen Vielseitigkeit des Heimgegangenen. Sie zeugen nicht minder aber auch von dem großen Vertrauen, das man seiner Persönlichkeit und seiner Intelligenz entgegenbrachte und das er jederzeit in vollstem Maße rechtfertigte. Nehmen wir dazu seine erspriehliche Wirksamkeit in der weiteren Verwaltung als Mitglied des Bezirksrats und Kreis-ausschuß, und auf dem Felde der freien Liebestätigkeit als langjähriger Vorsitzender des Vereins für Ferienkolonien, worin er in seiner wahrhaftigen hingebungsvollen Eiferigkeit und mit einer suggestiven propagandistischen Kraft sich den Dank ungezählter Armen und Armeninnen zu verdienen gewußt hat.

So ergibt sich annähernd ein Bild des erstaunlichen Wirkungskreises, zu dem dieser selten rüstige Mann seine Lebensaufgabe suchte und fand. Herr Stadtrat Emil Magenau war ein liebenswürdiger Mensch, ein vortrefflicher Charakter, ein Bürger mit vorzüglichsten Eigenschaften. Namentlich aber zeichneten ihn aus die wohlthuende Verfassung und abgeklärte Ruhe und sein Humor. Eigenschaften wie sie nur in langen Lebenserfahrungen reifen können.

Schwer und lang wird der Heimgegangene in dem städtischen Kollegium vermisst. Er wird ein legendarisches Vorbild für die Mannheimer Bürger sein!

Dann hieß der Redner die erstmals anwesenden Mitglieder von Feudenheim herzlich willkommen. Hiernach kam auch äußerlich die Verharmelung beider Gemeinden zum Ausdruck. Die Eingemeindung sei ein Vollzug einer überaus bedeutungsvollen Tat und nicht minder wichtig für unser Gemeinleben, nicht weil sie für lang- und langsam vollzogen hat, weil die Feudenheimer Bürger mit einer nicht hoch genug anzuschlagenden Bescheidenheit darauf verzichteten, die Feier öffentlich mit großem Prunk zu begehen. Er möchte hoffen, daß die Bedingungen eingehalten werden. Wir versprechen, daß wir dem neuen Stadtrat alle Hilfreich zuwenden wollen, wie wir sie bei den Einverleibungsverhandlungen versprochen. Wir hoffen, daß dies von beiden Seiten geschieht und ein gezieltes Zusammenwirken der beiden bisher getrennten und nun vereinten Gemeinden zum Wohle des Ganzen sich erweisen möge. (Beifall.)

Es wird hierauf in die Tagesordnung eingetreten.

### Verbescheidung der städtischen Rechnungen für das Jahr 1907.

Das Stadtverordnetenkollegium wird ersucht, den Bescheidungen zu den Rechnungen für das Jahr 1907 seine Zustimmung zu erteilen, bezw. wo solche nicht erforderlich waren, die Rechnungen für unbeanstandet zu erklären.

Stv.-V. Fuld a richtet, ehe er auf die Vorlage selbst eingeht, drei Anfragen an den Oberbürgermeister. Zur Krankenhauskasse sei von Stv. Tescher mitgeteilt worden, daß neuerdings im Städtischen Krankenhaus die Divisionen namentlich an Hundstunehmen. Das sei doch nur möglich, wenn den Ärzten die Zeit dazu zur Verfügung stehe. Bis jetzt habe er nicht gedacht, daß die Mittel für eine größere Tätigkeit auf diesem Gebiet bewilligt seien.

Oberbürgermeister Martin bemerkt, eine Beantwortung sei jetzt nicht möglich, da Krankenhausdirektor Dr. Volhard seit mehreren Tagen infolge eines Trauerfalles verreist sei.

Stv.-V. Fuld a bemerkt weiter, Stv. Levi habe in der Sitzung der Wählerkommission aufgeführt, den Kranken-schweßern sei nicht bekannt gewesen, daß sie durch Einreichung in eine höhere Klasse der Invalidenversicherung ihre bescheidenen Fürsorgeverhältnisse verbessern könnten. Der Arbeitersekretär habe kürzlich Gelegenheit gehabt, auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Es dürfte dies aber auch seitens der Verwaltung zu geschehen haben. Weiter sei Stv. Levi kürzlich mitgeteilt worden, daß für die einmalige Untersuchung eines Privatpatienten eine Gebühr von 10 M. angelegt worden ist. Einen solchen Satz finde er, zumal die Untersuchung durch einen Assistenzarzt stattfinde, einfach für zu hoch. In gleicher Weise seien auch die Kosten für Weitererziehung zu hoch. Er möchte bitten, festzustellen, ob etwa Taxen für das ärztliche Honorar bestehen und ebenso wie die Ansätze für Nebenleistungen wie Bethenerzeugung geregelt sind.

Bürgermeister v. Hollander erwidert, die Krankenschweßern seien Schwestern des Babilischen Frauenvereins. In Verbindung mit dem Frauverein werde deshalb auch nur diese Frage gelöst werden können. Ueber die andere Frage könne wieder nur Dr. Volhard Auskunft geben. Die Weitererziehungskosten seien bereits im Jahre 1888 festgesetzt worden, 840 M. für den Satz für Erwachsene, 420 M. für Kinder. Man werde die Kosten nicht als zu hoch bezeichnen können.



Sto. S. Hulda bemerkt, man werde sich mit den Erklärungen zufrieden geben können. Sto. Kuntz müsse es unbenommen bleiben, die Sache bei der Budgetberatung zu verzerren. Die dritte Anfrage lautet: Zur Straßenbahnlinie trägt Direktor Benninger an, wie die Kosten für den Strom berechnet seien, den die elektrische Straßenbahn vom Elektrizitätswerk beziehe. Es komme ihm darauf an, zu wissen, wie sich die Selbstkosten des Elektrizitätswerkes stellen und welcher Zuschlag zu diesen Kosten etwa gemacht worden sei. Zur Gaswerk-Linie wird von ihm die gleiche Anfrage bezgl. des Selbstkostenpreises gestellt. Er nehme an, daß derartige Berechnungen und Vergleichen mit den Vorjahren vorliegen und daß auch Vergleiche mit anderen Werken gezogen werden.

Bürgermeister Ritter bemerkt, die Beantwortung der Fragen gehe aus der Voranschlag und Verwaltungsbericht hervor. Der Strom für die Straßenbahn werde seit 1. Januar d. J. zu 10 Pfg. pro Kilowatt berechnet. Bisher betrug der Strompreis 12 Pfg. Er wurde früher berechnet nach der Menge des Stromes, die in der Umformstation gemessen wurde. Vor einiger Zeit sei die Reduzierung beantragt worden mit der Begründung, daß in anderen Städten auch nur 10 Pfg. bezahlt würden und daß sich die Produktionskosten ermäßigt hätten, weil bessere Maschinen eingeführt wurden und weil ein Teil des Gleichstroms nun direkt von der Zentrale bezogen wird. Durch die Ermäßigung des Strompreises sei der Etat des Straßenbahnamtes um 49 000 M. verbessert worden. Die Selbstkosten des Stromes betragen 1907: 4,18, 1908: 5,25, inkl. Schuldentilgung und Amortisation 12,33 bzw. 14,12. Die Gas selbstkosten betragen 1907: 6,13, 1908: 5,33, mit Abschreibungen etc. 9,84 bzw. 10,08.

Bürgermeister Ritter stellt fest, daß die Selbstherzeugungskosten für Elektrizität nur in wenigen Städten billiger seien. Durch die Erweiterung des Werkes würden sich die Stromkosten jedenfalls so ermäßigen, daß der Strom in anderen Städten nicht billiger erzeugt werden könne.

Sto. S. Hulda beantragt nunmehr, die Verbeischeidung der Rechnungen zu vollziehen.

Geheißt einstimmig.

**Erwerbung und Verpachtung von Liegenschaften.**

Der Bürgerausschuß wird ersucht a) zur Erwerbung der Grundstücke zu den angegebenen Preisen, sowie zur Entnahme von Grundstücksanteilen bis zur Höhe von M. 81 000 behufs Zahlung der Kaufpreise und der entstehenden Aufkosten mit einer Verwendungsfrist von 10 Jahren, b) zur Verpachtung der unter D. 3, 6, 7, 9, 10, 17, 18, 19, 20 und 22 der Vorlage genannten Grundstücke Lsg.-Nr. 1338, 6490, 695, 698, 14321, 14394, 1801, 1928 und 1680 zu den beigelegten Pachtjahren und auf die unter II genannten Zeiten keine Zustimmung zu erteilen.

Sto. S. Hulda befragt es, daß die Stadt zu ganzbaren Preisen faste wie möglich Gelände erwirbt. Zwei Preise von Heidenheimer Grundstücken hätte er beanstanden wollen. Stadtrat auf hohe ihm über erklärt, daß der Preis angemessen sei. Man beanhalte in Heidenheim jetzt schon mehr. Daraus sei zu ersehen, daß die Heidenheimer Mitbürger mit der Eingemeindung ein gutes Geschäft gemacht hätten.

In der darauffolgenden Abstimmung wird die Vorlage einstimmig angenommen.

**Verkauf von Villenbauplätzen in der östlichen Stadt-Erweiterung.**

Der Bürgerausschuß wird ersucht, dem Stadtrat die Ermächtigung zu erteilen, auch fernerhin die Villenbauplätze von 900 Qm. und darüber in der östlichen Stadterweiterung innerhalb des mit der Otto Beckstraße abschließenden Gebietes nach seinem Ermessen auch aus freier Hand zu verkaufen mit der Maßgabe, daß mit dem Kaufpreis unter dem vom Bürgerausschuß genehmigten Mindestanschlagswert nicht herunter gegangen werden darf.

Überbürgermeister Martin stellt fest, daß ein Abänderungsantrag des Stadterweiterungsvorstandes vorliege, die Ermächtigung nur für 3 Jahre zu erteilen. Der Stadtrat hatte sich mit dieser Beschränkung einverstanden erklärt.

Sto. S. Dr. Selb macht bei Empfehlung der Vorlage darauf aufmerksam, daß der Vertrag zwischen der Stadtgemeinde und den Grundstücksäußern davon beweise, daß die Absichten der Stadt durchkreuzt würden.

Sto. S. Lautwein bemerkt, seine Parteifreunde seien mit der Vorlage einverstanden in der Richtung, daß in der Oststadt keine Häuser gebaut würden. Die Vorlage gebe ihm aber Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß die Zweigeschosswohnungen einen Preis erreicht hätten, der sich allerdings von den Arbeitern nicht mehr bezahlt werden könne. Der Durchschnittspreis in der Altstadt betrage 327 M., in der Neustadt 390 M. Das seien 90 M. und mehr pro Monat. Seine Fraktion gäube deshalb Veranlassung nehmen zu sollen, den Stadtrat darauf hinzuweisen, dieser Frage mehr Beachtung zu schenken und zu sehen, ob nicht hier in irgend einer Form von der Stadt etwas geschehen könne. Seine Fraktion werde sich mit dieser Anregung vorläufig begnügen, aber mit positiven Vorschlägen hervortreten, wenn der Stadtrat sich nicht rühre.

Überbürgermeister Martin bemerkt, es sei nicht möglich, diese Frage hier aufzurollen. Er könne aber dem Vorredner mitteilen, daß er sich schon seit längerer Zeit mit der Angelegenheit eingehend beschäftigt. Er hoffe bis zur Budgetberatung Vorschläge machen zu können, mit denen wohl auch das Kollegium einverstanden sein werde.

In der darauffolgenden Abstimmung wird die Vorlage einstimmig angenommen.

**Veränderung von Straßen auf dem Gelände der Suderraffinerie Mannheim.**

Sto. S. Reinhard empfiehlt die Annahme der Vorlage, weil sie allen berechtigten Ansprüchen entspreche.

Sto. Thrig spricht sich im Namen seiner Freunde gegen die Vorlage aus. Der stadttraktliche Vorschlag bringe eine große Verbesserung, aber er genüge nicht. Daß man die Wilhelmstraße nicht durchführe, finde er nicht recht verständlich. Die Interessen der Allgemeinheit gingen vor denjenigen des Bauunternehmens. Die Zuckerraffinerie müsse vollständig beseitigt werden. Das Lagerhaus, das stehen bleiben sollte, würde verkehrshindernd und unschön wirken. Auch die Straßen schienen ihm zu schmal projektiert zu sein. Die abgegrenzten Wege dürften nicht hineingeführt werden. Man sollte sich von ästhetischen Gedanken hier nicht beeinflussen lassen. Man habe hier ein außerordentlich praktisches Stadtbild, um das uns viele beneiden. Man sollte die Sache zurückstellen, damit das Konsortium Gelegenheit habe, glücklichere Vorschläge zu machen.

Die Vorlage „Herstellung von Straßen auf dem Gelände der Suderraffinerie Mannheim“ wurde nach längerer Diskussion mit großer Majorität abgelehnt.

**Badischer Landtag.**

(Von unserem Karlsruhe Bureau.)

W. Karlsruhe, 18. Jan.

Die heutige 19. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer hatte zum Gegenstand die Beratungen des Spezialbudgets des Groß-Königreichs des Innern. Es wurden rund 2 Millionen für Heil- und Pflegeanstalten in West- resp. Ostprovinz bewilligt. Die Ermächtigung zur sofortigen Inangriffnahme des Baues wird erteilt.

Beim Budget des Gr. Staatsministeriums wird von dem Abg. Vogel-Mannheim eine Anfrage betreffend die Reduzierung der Wassertröste gemacht. Der Staatsminister erklärte, eine ausreichende Antwort eben nicht erteilen zu können.

Weiter kommt es bei der Position Orden zu einer lebhaften Aussprache. Im Laufe der Debatte stellen die Sozialdemokraten den Antrag, die Gesandtschaften in München und Berlin zu streichen. Die Abg. Vogel und Gen. beantragten nur die Gesandtschaft in München zu streichen, während die Kommission vorschlug, beide Positionen zu bewilligen.

Der erste (sozialdemokratische) Antrag wird abgelehnt, der Antrag Vogel u. Gen. mit 33 gegen 29 Stimmen abgelehnt. Der Antrag der Kommission, die Gesandtschaften in Berlin und München zu bewilligen, wird angenommen. Die Sitzung dauert fort.

**Letzte Nachrichten und Telegramme.**

Stuttgart, 18. Jan. (Priv. Tel.) In der Schadenersatzklage des früheren Mechanikers Voehler gegen den Grafen Seppelin wurde von der Zivilkammer Beweisverhehlung beschlossen. Major Pascheval, Sperling und Groß werden am 2. und 3. März als Sachverständige vernommen.

**Graf in einem Sanatorium bei Heidelberg?**

Heidelberg, 18. Jan. Zu der Nachricht der „Frl. Ztg.“, Graf habe sich in einem Sanatorium bei Heidelberg aufbewahrt, das „Heidelb. Tagebl.“: Erläuterungen bei event. in Betracht kommenden Umständen waren ergebnislos, so daß wir nicht in der Lage sind, zu sagen, ob obige Nachricht den Tatsachen entspricht oder nicht.

**Das deutsche Marokko-Begehren.**

Strasbourg, 18. Jan. Zum deutschen Marokko-Begehren erhält die „Straßb. Post“ von dem Gelehrten Mannesmann eine längere Darlegung. Es geht aus ihr hervor, daß die Gebr. Mannesmann entschlossen sind, den Kampf gegen das auswärtige Amt fortzusetzen. Die „Straßb. Post“ bemerkt zu der Darlegung: Die amtliche Denkschrift läßt auch in dem Auszug zum mindesten ein Bedauern darüber gerechtfertigt erscheinen, daß die Brüder Mannesmann nicht die von der Regierung dargebotene Hand zu einem Ausgleich mit dem anderen Marokko-Syndikat angenommen haben.

**Kein Unfall Sahlens in der Frage der Schiffsahrtsabgaben.**

Dresden, 18. Jan. Von berufener Seite wird mitgeteilt: Die Behauptung, daß Sahlens geübt sei, seinen ablehnenden Standpunkt in Sachen der Schiffsahrtsabgaben aufzugeben, wird hier von maßgebender Stelle als frei erfunden bezeichnet. Wenn Graf Bismarck in seiner Eigenschaft als Minister des Äußeren unter nachdrücklicher erneuter Festsetzung der letzten Erklärungen des Finanzministers Dr. v. Hüger zur Sache in der Ersten Kammer Stellung genommen hätte, so befände dies, daß man der Angelegenheit eine besondere politische Bedeutung beimäße. Die Erklärung Bismarcks v. Schluß, daß grundsätzliche Verfassungsänderungen, soweit ihre Durchführung wichtige Lebensinteressen und bestimmte Rechte einzelner Bundesstaaten entgegensteht, nicht ohne Zustimmung dieser Staaten beschlossen werden sollte und jedenfalls nicht gegen ihren Willen zur Durchführung gelangen dürften, läßt keinen Zweifel über die Haltung der Auffassung zu.

**Warnnachrichten aus dem Osten.**

M.E. Petersburg, 18. Jan. Aus Chorbis sind neue Warnnachrichten über japanische Kriegsvorbereitungen eingetroffen. Besondere Symptome dieser Vorbereitungen erblickt man in den Relognoszierungen Japans im Kantshatagebiete. Die japanischen Fischer, welche im Kantshatagebiete die Fischfang betreiben, werden von japanischen Kriegsschiffen beschützt. Die japanischen Kreuzer „Chien“ und „Chie“ haben eben, wie amtlich gemeldet wird, an der russischen Küste Messungen vorgenommen und eine Karte aufgenommen. Die Zungen keilten den russischen Behörden mit, daß der Direktor der japanischen Fischereien auf Kantshatka Tatal Reisen in das Innere der Halbinsel unternimmt. Diesen Nachrichten gefellen sich Meldungen über japanische Truppenkonzentrierungen in Nordkorea zu. In politischen Kreisen werden die Warnnachrichten als übertrieben bezeichnet, es verdient jedoch Beachtung, daß die Regierung die Veröffentlichung der Warnnachrichten durch die Petersburger Presse ruhig gewähren läßt.

**Berliner Drahtbericht.**

(Von unserem Berliner Bureau.)

**Waren König Leopold und Baronin Vaughan getraut?**

Berlin, 18. Jan. Aus Brüssel wird gemeldet: Die Ankündigung der kirchlichen Trauung des Königs Leopold mit der Baronin Vaughan durch den Hirtenbrief des Kardinals Erzbischof von Mecheln erfährt jetzt eine dieselogende Erläuterung. Es wird jetzt bekannt, daß der Erzbischof von Mecheln gleich nach dem Tode König Leopolds den Versuch machte, König Albert für die Kirche einzufangen, indem er verlangte, daß der neue König direkt nach der Eidesleistung im Parlament nach der Kirche gehen und sich dort vom belgischen Klerus trennen lassen sollte. Dieses Verlangen lehnte König Albert entschieden ab, weil es mit der Verfassung im Widerspruch stehe. Infolgedessen hielt der Erzbischof an diesem Tage nicht die Predigt, die er dem König vorgelegt hatte, sondern eine andere, nichtsfagende, eine streng kirchliche. König Albert hielt nunmehr eine Ansprache, in der er der Geistlichkeit zum Trost seinen konstitutionellen Standpunkt betonte und keinen Zweifel darüber ließ, daß er nicht gewillt sei, sich unter die hitzige Roms nehmen zu lassen. Dieses Verhalten hat natürlich Eindruck gemacht. Wie verlautet, wird ein sozialdemokratischer Abgeordneter sofort nach dem Zusammentritt der Kammer über diese Angelegenheit interpellieren.

**Auf der Suche nach einem neuen Sultan für Marokko.**

Berlin, 18. Jan. Aus Paris wird berichtet: In die marokkocanischen Wälder wird neuerdings wieder über eine große Kabbekommunikation berichtet, die die Häuptlinge der Gegend von Tago abgehalten haben sollen, um sich über die Proklamation eines neuen Sultans schlüssig zu werden. Abdul Kis wurde als einzigartig erachtet betrachtet, der das Land verschuldet und Geheis-

seile in feindliche Hände gebracht habe. Tuley El Kebir sei zu heftig und rassist, aber auch Tuley Haddi fand nicht den ungeteilten Beifall der Häuptlinge, da er sich mehr und mehr von den Staatsgeschäften zurückziehe und jeden Tag eine neue Frau heirate und ebenfalls die Schuldenlast Marokkos vermehre. Zu einem festen Beschluß scheint man nach den vorliegenden Meldungen nicht gekommen zu sein.

**Entkommener Verbrecher.**

Berlin, 18. Jan. Aus der Strafanstalt Oßlebshausen bei Bremen ist in der vorletzten Nacht ein zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilter Verbrecher entkommen. Es handelt sich um den 34 Jahre alten früheren Raker Heinrich Grimm, der im Dezember 1901 die Frau eines Landwirts er mordet hatte. Grimm durchdrang die Eisenstäbe seiner Zelle, ließ sich dann an einem selbstgemachten Strick herunter und gelangte mittelst einer Leiter über den Hof hinaus ins Freie.

**Zur Frage der Schiffsahrtsabgaben.**

Berlin, 18. Jan. Aus München wird gemeldet: In der Frage der Schiffsahrtsabgaben hatte der Verkehrsminister im Abgeordnetenhaus erklärt, daß die bayerische Regierung den Standpunkt der preussischen teile. Jetzt freudt die bayerische parlamentarische Zentrumskorrespondenz, deren Partei bekanntlich im bayer. Abgeordnetenhaus die Mehrheit hat: Das Drängen Preussens auf Einführung von Schiffsahrtsabgaben droht einen Verfassungskonflikt im Reich zu schaffen. Obwohl Bayern als Hauptinteressent der Mainkalkulation die preussische Politik unterstützt, sollten doch die Schiffsahrtsabgaben wegen des Widerpruches der anderen Bundesstaaten nicht eingeführt werden, sondern man muß in Preußen und im Bundesrat auf andere Mittel fassen, um den Ausbau eines deutschen Mittelkanals zu ermöglichen.

**Deutscher Reichstag.**

W. Berlin, 18. Januar.

Am Bundesratsitz: Staatssekretär Dr. Delbrück und Kriegsminister v. Deringer.

Vizepräsident Spahn eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 25 Minuten.

Zunächst wird einem Antrage auf Einsetzung eines gegen den Abg. Gölz (Soz.) schwebenden Strafverfahrens entsprochen.

Sodann steht zur Beratung die Interpellation der Sozialdemokraten betr. den

**Mansfelder Bergarbeiterstreik**

die Zuziehung von Militär und Verlegung der Reichsgesetze durch die nach Mansfeld entsandten Offiziere und Beamten.

Staatssekretär Dr. Delbrück erklärt sich bereit, die Interpellation heute zu beantworten.

**Sache (Soz.)**

führt in Begründung der Interpellation aus: Der Mansfelder Bergarbeiterstreik hat deshalb Aufsehen erregt, weil man die dortigen Bergarbeiter für reichstreu hielt und von den Reichstagen nichts wußte. Die dortigen Arbeiter sind in unerhörter Weise gemahregelt worden, bloß weil sie sich dem Verband angeschlossen haben. Sie wurden massenhaft davon gejagt. Die Arbeiter sind über ihr Koalitionsrecht anderer Meinung, wenn sie sich organisieren. Von dem Oberbergwerksdirektor ist in unerhörter Weise ein Druck auf die Arbeiter ausgeübt worden, dem reichstreuen Verein beizutreten. Die Lohnverhältnisse sind unter aller Kritik. Dabei wurden die Hungerlöhne nicht einmal pünktlich ausbezahlt und alte Arbeiter unbegründet davon gejagt. Gnadenbrot wollen sie nicht, sie wollen ihr Recht haben.

Vizepräsident Spahn ersucht den Redner, sich auf die in der Interpellation gestellten Fragen zu beschränken. (Beifall bei der Mehrheit.)

**Sache (Soz.)**

fortfahrend: Nicht nur die sozialdemokratisch organisierte Arbeiterkassette hat gestreift, sondern auch die Führer der reichstreuen Ortsgruppe. Hätte man die von der Streikleitung gestellten Ordnungsmänner gewähren lassen, dann wäre kein Militär und keine Gendarmen nötig gewesen. Die Generaldirektion duldet überhaupt keinerlei Organisation, auch nicht die Christlichen. Es wäre ohne Gendarmen und erst recht ohne Militär gegangen. Diese Empfindung haben selbst die Soldaten und Offiziere gehabt, daß sie eine lächerliche Rolle in dem friedlichen Land spielten. Im ganzen Streik ist kein Tropfen Blut geflossen. Das haben sie uns zu verdanken. (Große Beifall. Zuruf: Dem Militär! Einzelne Offiziere habe geradezu schamlos gehandelt.)

Stoß des Präsidenten. Vizepräsident Spahn: Man kann jede Dönsung, wenn sie vielleicht nicht immer gerechtfertigt sein mag, charakterisieren, auch ohne beleidigend zu werden. (Sehr richtig.)

Sache fortfahrend: Die Mansfelder Direktion hat mit ihren Maßnahmen nach dem Streik ein Denkmal der Schande gesetzt. Die Arbeiter sollen gegen solche Zwangsmittel geschützt werden. Wenn wir gerechte Richter und Staatsanwälte hätten, so wäre die Handhabung dazu schon vorhanden. Wir haben unsere Pflicht getan, tun Sie die Ihrige. (Aachen rechts. Beifall bei den Sozialdemokraten.)

**Staatssekretär Dr. Delbrück:**

Es ist richtig, daß aus Anlaß des Streites Militär herangezogen wurde. Nach Artikel 66 der Reichsverfassung sind die Bundesfürsten berechtigt, ihre Truppen zu Polizeizwecken zu verwenden. Diese Maßregel erfolgte also in Einklang mit der Reichsverfassung. Das Militär wurde herangezogen, nachdem am 21. Oktober in Hettstadt eine nach tausenden zählende Menge in der sich allerdings auch Frauen und Kinder befanden, schwere Ausschreitungen verübt hatte, denen gegenüber die wenigen Polizisten und Gendarmen sich als machtlos erwiesen.

Anstrengte Tätigkeit, überreicher oder geringerer Art, verlangt einen widerstandsfähigen Körper, da sich leicht

**ein Gefühl von Unlust**

und Müdigkeit einstellt, welches das gefasste Ziel schwerer erreichen läßt. Um Unlust zu vermeiden und die Leistungsfähigkeit des Körpers zu erhöhen, nehme man Scotts Emulsion, die sich in solchen Fällen schon vielfach bewährt hat, leicht zu nehmen und schmackhaft ist.

**Scotts Emulsion**

Scotts Emulsion wird von den Fischern in Island gefischt und ist ein großes Produkt, das man nie mit dem Gewicht oder Maß, sondern nur in der richtigen Originalpackung in Dosen mit unserer Schutzmarke (Fischer mit dem Fische) Scott & Bown, 6, n. l. p. Frankfurt a. M.



Für alle mit dieser Marke versehenen Produkte ist die Originalpackung zu nehmen. Scotts Emulsion ist in jeder Apotheke und in jedem größeren Warenhaus zu bekommen.



Geschäftliches.

\* Frühlings-Mittelmeerfahrten bieten jetzt ebenfalls die besten erfindenen Programme der bekannten "Freien deutschen Reisevereinigung". Auf diesen Reisen mit der Salonacht "Le de France" werden besucht Marseille, Barcelona, Palma, Agier, Saida, Tunis, Carthago, Malta, Palermo, Messina, Taormina, Capri, Neapel, Rom, Montecarlo, Athen, Corfu, Venedig. Preis jedes Plazes in erstklassiger Kajüte mit allen Kosten der Seereise und Landausflüge nur 550 bis 750 M. Prospekte versendet kostenlos Redakteur Baum, Duisburg.

Landwirtschaft.

\* Landwirtschaftlicher Vortragskurs in Konstanz. Der von der Landwirtschaftskammer veranstaltete 3tägige Vortragskurs wurde von dem stellvertretenden Vorsitzenden der Landwirtschaftskammer, Herrn Landtagsabgeordneten Säger, am 5. Januar geschlossen. An allen 3 Tagen war der Kurs stets sehr zahlreich besucht. Der Landeskommisär, Herr Geh. Oberregierungsrat Strauß, dankte der Landwirtschaftskammer für diese Veranstaltung. Mehrfach wurde in den sich sehr lebhaft gestaltenden Diskussionen, die über die vormittags gehörten Vorträge jeweils nachmittags fortgeführt wurden, dem Wunsch Ausdruck verliehen, daß solche Kurse öfters stattfinden sollten. Der 2. Vortragskurs in diesem Jahr findet in Freiburg voraussichtlich in der Zeit vom 12.-14. Mai statt.

Volkswirtschaft.

Ein Wort zur Telefonstatistik.

A.C. Es ist bekannt, daß sich die Registrierung mit Plänen über Neuverteilung, beginnend mit der Erhöhung der Telefongebühren trägt, noch als maßgebende Grundlage der Telefonstatistik benützt wird. Daß diese nun zuweilen etwas unrichtiger Natur ist, zeigt der Jahresbericht der Handelskammer Effen, der unter anderem auch eine aus der "Statistik der Deutschen Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung für 1908" entnommene Tabelle über die Zahl der in Effen vorgenommenen Telefonveränderungen enthält. Nach dieser Aufstellung wurden im Jahre 1907 15 188 177 Telefonverbindungen hergestellt, während es im Jahre 1908 nur 9 487 112 gewesen sein sollen. Dabei soll es sich nach amtlicher Feststellung etwa nicht um einen Druckfehler handeln, sondern beide Zahlen sollen den Tatsachen entsprechen. Wir sind nicht in der Lage, an dieser Stelle auf die Prüfung der Zahlen einzugehen glauben aber den Wert in der Art der Erhebung zu zweifeln. Eine wissenschaftlich präzise, unanfechtbare Feststellung kann die Kostenermittlung nicht stellen, da hierfür die Kosten zu hoch werden würden. Es handelt sich vielmehr um eine Stichprobentabelle, bei der im Jahre 1908 nach anderer Methode vorgegangen wurde, als in der vorhergehenden Zeit. Mag die Sache nun liegen wie sie will, immerhin müssen derzeit abweichende Zahlen, deren Richtigkeit von amtlicher Seite nicht in Zweifel gezogen wird, einiges Bedenken hervorrufen. Und wenn nun einmal die Telefongebührenerhöhung im Parlament zur Sprache kommt, so wird es nötig sein, auch die statistischen Grundlagen, mit denen die Herabsetzungen motiviert werden, erst einer Prüfung zu unterziehen.

Preisrückgang für Linoleum.

Unter der Mehrzahl der deutschen Linoleumfabriken ist insofern eine Verständigung erzielt worden, als für das billige bedruckte Linoleum eine Preisrückbildung beschlossen worden ist. Trozdem läßt die Lage der Linoleumindustrie, wie von zuständiger Seite hierzu mitgeteilt wird, nach wie vor sehr viel zu wünschen übrig, da die Preisrückbildung vorläufig nur für den billigsten Artikel durchgeführt worden ist, so daß durch die beträchtliche Verteuerung dieses Rohstoffes die Herstellung von Linoleum auch jetzt noch keinen Nutzen läßt. Auch soll die Verständigung unter den Fabriken nur in so loser Form zustande gekommen sein, daß mit der Möglichkeit eines nur kurzfristigen Bestehens zu rechnen ist. Unter diesen Umständen dürfte auch die Preisrückbildung für die Aktien von Linoleumfabriken, die sich auf 7 bis 8 Prozent belaufen, gänzlich ungerücksichtigt sein.

Verband deutscher Detailgeschäfte der Textilbranche.

Man schnellst uns: Der "Große Ausbruch" des Verbandes erzielte nachträglich seine Zustimmung zu den mit dem Verbande der Damenmantelfabrikanten vereinbarten neuen Kauf- und Lieferungsbedingungen. Der Vorsitzende erstattete hierzu einen Bericht über die Lage des Röhrgarnkonfliktes. Der Ausschuss billigte ausdrücklich die von dem Vorstande in dieser Angelegenheit eingeleiteten Schritte und beschloß eine Anzahl weiterer wichtiger Maßnahmen. Der Vorsitzende konnte mitteilen, daß die überragende Mehrheit der Fabrikanten des Weststoffhandels sich der von dem Hamburger Verbande geleiteten Bewegung zwecks Herbeiführung einer allgemeinen Ordnung der Röhrgarnkonflikte angeschlossen hat. Weiter beschloß der Ausschuss, mit der Genèval Convention in Verhandlungen über die Abänderung der Verkaufsbedingungen in Verhandlungen zu treten.

Stiefelfabrik Maschinenfabrik vorm. Dürkop u. Co., Stiefelfeld.

Nach dem Geschäftsbericht für 1908/09 haben sich die für das Berichtsjahr gehobten Erwartungen erfüllt; sämtliche Abteilungen waren durchwegs gut beschäftigt und ergaben einen sehr guten Erfolg. Der Umsatz, über den Bismarckangebot fehlte, liegt in fast allen Erzeugnissen. Der Reingewinn beträgt, wie schon gemeldet, 878 925 M. (i. 552 417 M.), wovon 23 Prozent Dividende (i. 17 Proz.) vorge schlagen werden. Das Warenlager konnte reduziert werden, da die Fertigfabrikate besserer Abzug fanden; es figuriert in der Bilanz mit Mark 1 072 698 M. (2 282 740 M.). An Kasse und Wechsel waren Mark 720 269 (865 259 M.), an Bankguthaben 393 365 M. (184 790 M.) vorhanden und bei Debitoren in laufender Rechnung standen 2 605 829 M. (9 057 081 M.) aus. Effekten und hypothekarische Darlehen erscheinen mit 1 204 000 M. (1 274 000 M.). Andererseits belaufen sich die Kreditoren auf 704 892 M. (441 116 M.). Der Defizitfond, dem 33 103 M. (35 359 M.) für Ausfälle entnommen wurden, ist wieder auf 450 000 M. aufgefüllt worden. Ueber die Aussichten bemerkt der Bericht, auch jetzt sei die Geschäftslage flott beschaffen, so daß sie auch für das neue Geschäftsjahr ein gutes Resultat erwarten dürfte.

Wogländische Maschinenfabrik A.G., Pflaun.

Die Aktien dieses Unternehmens haben in der letzten Zeit an der Berliner Börse eine starke Kurssteigerung erfahren, was an der Stelle mit einem Patent auf Stützautomaten in Verbindung gebracht wurde. Die Verwaltung macht nun hierüber folgende Mitteilungen: Bis her hat nur die Wogländische Maschinenfabrik als alleinige Fabrikantin Automatenmaschinen geliefert, und zwar infolge eines Abkommens mit der Stiderei "Reidmühle", die Besitzerin der ersten Automatenpatente ist. Unser Direktor Herr Ingenieur Jahn hat nun einen neuen Stützautomaten wie eine neue Kartenschiebemaschine erfunden, die die bisherigen Stützautomaten insofern auf quantitative und qualitative Leistung bei weitem übertrifft. Besonders die neue Kartenschiebemaschine stellt einen außerordentlichen Fortschritt dar, indem durch sie die Stützautomaten eigentlich erst die richtige Bedeutung für die Industrie erlangen. Der Wogländische Maschinenfabrik sind für diese Maschinen bereits verschiedene Patente erteilt worden und weitere

Patente sind noch angemeldet. Mit Rücksicht auf die Ueberlegenheit der neuen Wogländischen Maschinen wurde mit der Stiderei ein neues Abkommen getroffen, so daß jetzt die Wogländische Maschinenfabrik das alleinige Ausführungsrecht für automatische Stützmaschinen und Kartenschiebemaschinen besitzt, soweit solche bis jetzt in den Handel gebracht und patentiert worden sind. Mit hin können keine anderen Maschinenfabriken im In- und Auslande automatische Stützmaschinen liefern, solange es ihnen nicht gelingt, eine Maschine zu konstruieren, die von den vielen bereits bestehenden und angemeldeten Patenten unabhängig ist. Es ist bis jetzt eine sehr große Anzahl Maschinen von den ersten Häusern der Schweiz und Saratberg bei der Wogländischen Maschinenfabrik bestellt worden.

Wägenfabrik Billingen A.G. Auch die Bilanz per 30. Juli 1908 zeigt ein günstiges Resultat. Einem Bruttoertrag von M. 93 183 (i. 8. M. 377 442) haben M. 120 333 (M. 285 890) Unkosten gegenüber. Nach Abschreibungen auf die Anlagen von diesmal nur M. 13 045 (M. 29 506) und M. 6063 (M. 20 875) für Zuziele ergibt sich ein Verlust von M. 54 253 (i. 8. M. 1909 Reingewinn), von dem noch nach Aufhebung des Reservefonds von M. 5000 und M. 469 Gewinnvortrag M. 48 783 als Verlustsaldo vorzutragen sind, jedoch eine Dividende wieder nicht verteilt wird. In der Bilanz sind Waren mit M. 414 777 (M. 499 624) bewertet, bei den Debitoren standen M. 103 482 (M. 99 714) aus. Die Passiven haben sich auf M. 234 564 (M. 189 935) erhöht, während die sonstigen Kreditoren sich auf M. 51 409 (M. 127 047) erniedrigten.

Bei der Straßburger Mühlenbräu-Kriegsgesellschaft (Verein. Mühlenbräu-Adelshoffen-Bräuerei) in Schillingheim, an der die Bank für Brau-Industrie beteiligt ist, ergibt sich für das abgelaufene Geschäftsjahr nach 127 938 M. (157 705 M.) Abschreibungen ein Reingewinn von 175 271 M. (248 830 M.), wovon 6 Prozent (8 Proz.) Dividende gleich 120 000 M. verteilt und 28 158 M. (49 398 M.) vorgezogen werden sollen. In dem Vermögensausweise erscheinen Vorräte mit 349 922 M. (398 497 M.), Depotbetragsausweise mit 279 642 M. (280 841 M.), Darlehen mit 149 143 M. (153 656 M.), Vorkausstände mit 294 408 M. (283 989 M.) und sonstige Ausstände mit 82 476 M. (68 959 M.). Andererseits betragen die Verbindlichkeiten 251 508 Mark (216 478 M.). Nach Ansicht der Verwaltung dürfte, wenn auch die Störungen im Weich sich immer noch fühlbar machen, infolge der ungünstigen Weinernte und der notwendigen Herabsetzung des Diskontos in absehbarer Zeit doch eine Wendung zum Besseren zu erwarten sein.

Die Emil Schmalder Spinnerei A.G. in Abendschlucht nach reichlichen Aufzeichnungen wieder 7 1/2 Prozent Dividende vor. Ferner soll das Aktienkapital von 1 200 000 M. auf 1 700 000 M. zwecks Erweiterung der Fabrikanlagen erhöht werden. Das Kapital ist bereits übernommen.

Deutsches Gasröhren-Syndikat in Köln. Wie verlautet, sind Verhandlungen im Gange, um den Schwierigkeiten, welche sich durch die Sonderansprüche mehrerer mittlerer und kleinerer Werke der Erneuerung des Syndikats entgegenstellen, dadurch zu begegnen, daß man versuchen wird, im Wege der Uebertragung von Beteiligungen eine Einigung zu erzielen.

In der Schachtherrverammlung des Kohlen-Syndikats, die in Effen stattfand, wurden die dem Vorhand per Januar im Anspruch genommenen Beteiligungsanteile in Kohlen, Holz und Weizen nachträglich genehmigt und die Beteiligungsbeträge für Februar und März auf 85 Prozent (bisher 80 Prozent), in Holz auf 70 Prozent (bisher 65 Prozent) und in Weizen auf 82 1/2 Prozent (bisher 80 Prozent) festgesetzt. In der sich daran anschließenden Verabschiedung wurden die Umfragen für das erste Vierteljahr 1910 für Kohlen auf 9 Prozent (wie bisher), für Holz auf 7 Prozent (bisher 8 Prozent) und für Weizen auf 5 Prozent (wie bisher) festgesetzt.

Telegraphische Handelsberichte.

\* Mannheim, 18. Jan. Wie die "Frkf. Ztg." hört, hat das unter Führung der Süddeutschen Diskontogesellschaft stehende Konsortium, das für 3 140 000 M. 4 1/2 prozentige Obligationen der Adler und Oppenheimer Lederwerke A.G. in Strassburg übernommen hat, seine Bestände ausverkauft.

Importfirma A. Rizzich-Triest in Konkurs.

\* Köln, 18. Jan. Nach der "Köln. Ztg." ist infolge verfehlter Salpeter-Spekulationen die Importfirma A. Rizzich in Triest in Konkurs geraten. Die Passiven betragen 1 Mill. Kronen.

Erhöhung der Tarife für Gusstahleisen.

\* Breslau, 18. Jan. Infolge des Anziehens der Luxemburger Roheisenpreise hat die Verkaufsvereinigung des ober-schlesischen Roheisensyndikats nach der "Breslauer Ztg." für Gusstahleisen um 1-2 Mark die Tonne erhöht.

Regressklage Gladbacher Baumwoll-Manufaktur A.G. in Konkurs.

\* Hannover, 18. Jan. In der Regressklage wegen zu Unrecht gezahlter Dividende und Tantiemen der Gladbacher Baumwoll-Manufaktur A.G. in Konkurs, erliess das Oberlandesgericht Düsseldorf Beweisschluss infolge der seitens des Bankiers Ratz in Hannover gegen das Urteil des Landesgerichts München-Gladbach eingelegten Berufung. (Frkf. Z.) Keine Kapitalerhöhung der Deutschen Bank.

Berlin, 18. Jan. (Von unser. Berliner Bureau.) Die Deutsche Bank erklärt, dass die Gerüchte über eine bevorstehende Kapitalerhöhung ihres Instituts unbegründet seien.

Herabsetzung des Diskonts bei der Reichsbank.

Berlin, 18. Jan. (Von unser. Berliner Bureau.) Bei der Direktion der Reichsbank ist Neigung vorhanden, den Diskont wenigstens um 1/2 pCt. herabzusetzen. Ueber den Zeitpunkt dieser Massnahme wird nichts gesagt. Nach Erscheinen des Ausweises vom 15. ds. Mts. haben Besprechungen nicht stattgefunden. Jedenfalls darf man den Ausweis vom 23. ds. Mts. für den äussersten Termin für die Herabsetzung des Diskonts ansehen. Es wird in den nächsten Tagen ein grosser Posten von Reichsschatzscheinen fällig werden. Falls diese eingelöst und nicht prolongiert werden dürfte der in Rede stehende Beschluss der Bank beschleunigt werden.

Mannheimer Effektenbörse.

18. Januar. Privattelegraphischer Bericht. Die Börse war ziemlich fest. Bevorzugt waren Brauerei-Aktien und zwar vornehmlich: Mannheimer Aktienbrauerei Aktien 192 G., Brauerei Schwaeb., Heidelberg 177 G. und Schwarz-Spener 113 G., 114 B. Von Industrie-Aktien gingen Vorstand-Cementwerke, Heidelberg, Afrika zu 145 Pros um. Niedriger waren: Verein Chem. Fabriken 331 B. und Südd. Drohndindustrie Aktien 138 G., 140 B.

Table with columns: Aktien, Brief, Geld, and various stock symbols like Fabrik, Handel, etc.

Berliner Effektenbörse.

Privattelegramm des General-Anzeigers. Berlin, 18. Jan. (Fondsbörse.) Trotz des günstigen Reichsbankausweises und der Ermässigung der Forderungsschränkungen für Kohlen, Koks und Briketts seitens des rheinisch-westfälischen Kohlen-Syndikats war die Stimmung der Börse bei Beginn überwiegen schwächer, da die wider Erwarten anhaltende unsichere nervöse Haltung Newyorks hier zu Bedenken Anlass gab und ausserdem, wie verlautet, für eine insolvente österreichische Bankfirma grosse Glattstellungen vorgenommen wurden. Wenn gleich die Kurse auf allen Gebieten Abschwächungen sich gefallen lassen mussten, trat doch die der Börse innewohnende Widerstandskraft später erneut zutage. Auf dem Montanaktienmarkt hielten sich die Rückgänge durchweg unter 2 pCt. Nur Hohenlohe gaben stärker nach. Nicht ganz einheitlich war die Haltung auf dem Bankmarkt, wo Berliner Handelsanteile und Diskontogesellschaft etwas höher bezahlt wurden. Von Bahnen stellten sich amerikanische Werte im Anschluss an Newyork entsprechend niedriger. Auch für die übrigen Transportwerte sind durchweg leichte Kursrückgänge festzustellen. Bei Schiffahrts- und Elektrizitäts-Aktien überwiegen gleichfalls die Einbussen. Grosses Geschäft zu anziehenden Kursen entwickelte sich später in Hansaaktien. Der Rentenmarkt war bei behaupteten Kursen stark vernachlässigt. Weiterhin war das Geschäft bei gut behauptetem Kursstand still. Nur deutsche Banken zogen weiter an. Der Kassamarkt für Industriewerte war zwar noch weiter fest, doch sind in den, in letzter Zeit begünstigten Aktien verschiedener Gewinnversicherungen zu bemerken. Das Geschäft hielt sich weiterhin in engen Grenzen und die Kurse bewegten sich auf dem ungefähren Anfangsniveau. Nur vorübergehend zeigte sich für einige Bankaktien etwas Interesse. Stärkere Rückgänge sind noch auf dem Markt der Kaliwerte zu erwähnen. Tägliches Geld 3 pCt.

Table with columns: Berlin, 18. Jan. (Devisen-Verkehr) and various exchange rates.

Table with columns: Berlin, 18. Jan. (Börsen-Verkehr) and various stock prices.

W. Berlin, 18. Jan. (Telegr.) Nachbörse. Kredit-Aktien 211.40 211.40 Staatsbank 161.40 161.50 Diskont-Komm. 197.- 197.50 Bombarden 23.80 23.70



Londoner Effektenbörse.

Table with columns for various securities and their prices, including London, 18. Jan. (Telegr.) and various bond and stock prices.

Wiener Börse.

Table with columns for various securities and their prices, including Wien, 18. Jan. (Börsen 10 Uhr) and various bond and stock prices.

Table with columns for various securities and their prices, including Wien, 18. Jan. (Nachm. 1.00 Uhr) and various bond and stock prices.

Berliner Produktenbörse.

Berlin, 18. Jan. (Produktenbörse.) Die von den amerikanischen Börsen gemeldeten starken Preisrückgänge blieben hier naturgemäß nicht ohne Einfluss...

Table with columns for various commodities and their prices, including Berlin, 18. Jan. (Telegramm) (Produktenbörse) and various grain and oil prices.

Frankfurter Effektenbörse.

Frankfurt a. M., 18. Jan. (Fondsbörse.) Auf den meisten Gebieten zeigte sich bei stillem Geschäft reservierte Haltung. Die Vorgänge, welche sich wieder gestern auf dem Newyorker Markt abspielten, sind zunächst den Beschlüssen des Bundesobergerichts zuzuschreiben...

Telegramme der Continental-Telegraphen-Compagnie.

Table with columns for telegrams and their prices, including Reichsbank-Diskont 5 Prozent and various telegram rates.

Einzelanleihe, A. Deutsche.

Table with columns for individual securities and their prices, including various bonds and stocks.

Aktien industrieller Unternehmen.

Table with columns for industrial stocks and their prices, including various companies and their share prices.

Bergwerkaktien.

Table with columns for mining stocks and their prices, including various mining companies and their share prices.

Aktien deutscher und ausländischer Transportunternehmen.

Table with columns for transport stocks and their prices, including various shipping and transport companies.

Wandbriefe, Prioritäts-Obligationen.

Table with columns for promissory notes and priority obligations, including various financial instruments and their prices.

Bank- und Versicherungs-Aktien.

Table with columns for bank and insurance stocks and their prices, including various financial institutions.

Frankfurt a. M., 18. Jan. Kreditaktien 211.30

Table with columns for Frankfurt credit stocks and their prices, including various bank and insurance stocks.

Wismar in Wismar vom 17. Jan. (Kulturbörse)

Wismar in Wismar vom 17. Jan. (Kulturbörse) Bericht der Direktion. Es wurde bezahlt für 50 K. Schlachtwert...

ringe Sauglüber 80-00 M., d) ältere geringe Sauglüber (Kreuzer) 60-00 M., 66 Schaf (a) Waidlämmer und jüngere Waidlämmer 70-00 M., b) ältere Waidlämmer 65-00 M., c) mächtig gewachsene Dammler und Schafe (Waidlämmer) 60-00 M., 1459 Schafwaidlämmer...

Überseeische Schiffsahrts-Telegramme. Red Star Line. Bewegung der Dampfer: 'Remonine' am 8. Januar von Philadelphia nach Antwerpen...

Canadian Pacific Railway. Transatlantischer Dampferdienst von Antwerpen nach Kanada. Bewegung der Dampfer: 'Montezuma' am 12. Jan. von Antwerpen nach St. John abgegangen...

Holland-Amerikanische Linie. Dampfer 'Rotterdam' von New York am 2. Dezember 1909 in Rotterdam eingetroffen. Dampfer 'New Amsterdam' von Rotterdam am 11. Dez. 1909 in Rotterdam eingetroffen...

Marx & Goldschmidt, Mannheim. Telegramm-Adress: Margold. Fernsprecher: Nr. 56 und 1637. 18. Januar 1910. Provisionsfrei.

Table with columns for various companies and their shares, including 'Wir sind als Selbstkontrahenten unter Vorbehalt' and various stock prices.

Verantwortlich: Für Druck und Anzeigen: Julius Schindler. Für Verlags- und Druckerei: Friedrich Schindler. Druck und Verlag der Dr. Otto'schen Buchdruckerei, W. m. b. H. Direktor: Ernst Müller.

Im Frühling zum Süden! Wir reisen im Frühling zum Süden! Von allen Reiseplänen die wir gelesen ist dies das beste und schönste Programm! Wir reisen auf der Salon-Yacht 'Le de France'...







# Königliches Konservatorium der Musik zu Leipzig.

Die Aufnahmeprüfungen finden an den Tagen Mittwoch u. Donnerstag, den 30. u. 31. März 1910 in der Zeit von 9-12 Uhr statt. Die persönliche Anmeldung zu dieser Prüfung hat am Dienstag, den 29. März im Bureau des Konservatoriums zu erfolgen.

Prospekte in deutscher und englischer Sprache werden unentgeltlich ausgegeben.  
Leipzig, Januar 1910.

Das Directorium des Königlichen Konservatorium der Musik

Dr. Rötsch.

5002

## HALLOH!



### Weitere Gelegenheitskäufe

im

## Inventur-Ausverkauf

Posten **Wollmusseline** reine Wolle, zurückgesetzte Muster, per Meter **55 Pfg.**

Kleiderborden, Besätze u. s. w. Wert bis 3.- Mk. alle per Meter **30 Pfg.**

## Rouleaux-Reste

in grün, weiss, gelb, rot, pfundweise weit unter Preis.

Reinschneider schwarzer Atlas zu Dominos . . . . . nur **1.50** Mk.

140 cm breiter seidenglänzender Serge zu Dominos, feine Ware, nur **95 Pfg.**

Neu eingetroffen: 160 cm breiter Steppdeckensatin nur bordeaux farbene Qualität **1** Mk.

Feine Zephyr-Reste zu Herrenhemden per Meter nur **85 Pfg.**

Feine Qualität Gloria-Reste per Meter **1.75** Mk.

Weisse Ballstoff-Restchen per Meter **1** Mk.

# Kramp

D 3, 7 Planken.

Wetzel-Formulare in jeder beliebigen Stückzahl zu haben bei Dr. B. Baas Buchdruckerei & m. b. B.

Ohne Störung des Berufs u. der Lebensweise! In **wenigen** Tagen prompter Erfolg bei **Harnröhrenkrankungen** durch Dr. Feeling's Mucosa. Seit 1870 in allen Städten, Kaiserhof, Kaiserhof, Kaiserhof, Kaiserhof. Dr. A. Feeling, Offenbach a. M.

**Kohlen**  
**Koks** für Füllöfen  
**Anthracit** für Zentralheizungen.  
**Briketts** J. K. Wiederhold  
Luisenring 27, Telefon 516.

### Süddeutsche Bank, Mannheim, D 4, 910

Telephon Nr. 250, 541 u. 1984. — Filiale in Worms.  
Eröffnung von laufenden Rechnungen mit und ohne Kreditgewährung.  
Provisionsfreie Check-Rechnungen und Annahme veranlasseter Bank-Depositen.  
Annahme von Wertpapieren zur Aufbewahrung in verschlossenem und zur Verwaltung in offenem Zustande.  
Verleihung von Tresorfächern unter Selbstverschluss der Mieter in feuerfestem Gewölbe.  
An- und Verkauf von Wertpapieren, sowie Ausführung von Börsenaufträgen an der Mannheimer und allen auswärtigen Börsen.  
Besondere Abteilung für den An- und Verkauf von Werten ohne Börsennotiz.  
Discontierung und Einzug von Wechseln auf das In- und Ausland zu billigsten Sätzen.  
Ausstellung von Checks und Accreditiven auf alle Handels- und Verkehrsplätze.  
Einzug von Coupons, Dividendenscheinen und verloosten Effekten.  
Versicherung verlosbarer Wertpapiere gegen Coursverlust und Controle der Verlosungen.

## Kaufmännischer Verein Mannheim (e.V.)

Dienstag, den 25. Januar 1910, abends 8 1/4 Uhr im Lokale

### Vereinsabend.

Tagesordnung:

Vortrag des Herrn **Karl Fischer, Offenbach**, Mitglied der 7. Kommission des Hauptausschusses für staatliche Pensionsversicherung, über: „Die Bedeutung des Privatbeamtenstandes nach den Ergebnissen der 1907er Berufszählung und den seitherigen Stand der Pensionsversicherung.“

Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Tagesordnung bitten wir unsere verehrlichen Mitglieder um recht zahlreiches Erscheinen. Gäste sind willkommen.

Mannheim, 11. Januar 1910.

Der Vorstand.

80121

## Pack- u. Einschlag-Papiere

in Rollen und Formaten.

### Muster zu Diensten.

Louis Marsteller 2, 10 Kunststrasse. Telefon 1010. 6610

Stenographie Maschinenschreiben

Wollen Sie eine sichere Existenz?

Ich rate Ihnen  lernen Sie gründlich

Handschreiben P17a Contor Imperial Mannheim P17a Buchführung etc.

### Badische Papierindustrie Kahn & Co.

Telephon 7174 Rheinhäuserstr. 48, H. vorheriger Sitz in Kaiserslautern.

Buchdruckerei: Drucksachen aller Art für geschäftlich und private Zwecke.  
Papierwarenfabrik: Titeln und Beutel für alle Branchen, Etiketten, Tortenpapiere, Pappteller, etc. etc. Reichhaltiges Lager in Pappen, Pack- und Einschlagpapieren, in Bogen und Rollen.  
Cartonnagenfabrik: Spezialität: Damenhutschachteln und Lagerkästen, Wäschcartons, Versand- und Fallschachteln.

Frachtbriefe aller Art, stets vorrätig in der Dr. B. Baas Buchdruckerei.

Den am 16. ds. Mts. nach eben vollendetem 80. Lebensjahr in Karlsruhe erfolgten Tod ihres lieben Vaters

## Friedrich Meythaler

Werkstättevorsteher a. D.

teilen tiefbetrubt mit.

23686

MANNHEIM, den 18. Januar 1910.

Strassenbauinspektor Meythaler u. Frau.

Gestern abend starb nach langem schwerem Leiden unser langjähriger Mitarbeiter, Herr

## Jean Lenhard.

Wir verlieren in dem Verstorbenen einen treuen, überaus gewissenhaften Beamten, dem wir ein dauerndes Andenken bewahren werden.

Mannheim, den 18. Januar 1910.

Chemische Fabrik Lindenhof G. Weyl & Co. Aktiengesellschaft.

### Statt besonderer Anzeige.

Heute nacht 10 1/2 Uhr entschlief nach langem, schwerem Leiden unser lieber Bruder, Schwager und Onkel, Herr

## Jean Lenhard

Kaufmann

im 46. Lebensjahre.

23712

MANNHEIM, den 18. Januar 1910.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

### Josef Lenhard

Grossh. Oberregierungsrat, Bruchsal.

Die Beerdigung findet Donnerstag, 20. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofs aus statt.

### Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten geben wir die schmerzliche Nachricht, dass unsere innigstgeliebte, herzensgute Mutter und Grossmutter, Frau

## Luise Haldenwang Wwe.

heute früh 1 Uhr, nach kurzem Kranksein, im Alter von 75 Jahren sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten

### Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Mannheim (N 3, 18), den 18. Januar 1910.

Die Feuerbestattung findet Donnerstag, den 20. Januar 1910, nachm. 3 Uhr statt. 5001

### Ein praktisches Notizbuch

für jeden Handwerkermeister

ist der von Sekretär **H. Schneider** bearbeitete

### Notizkalender für Handwerker 1910

In kurzer, leicht verständlicher Weise findet man darin die wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen über den Meister, Titel, Gehaltsprüfung, das Lehrlingswesen (nach der Abänderung der G.-D. v. 30. Mai 1908) Kranken-, Unfall- u. Invalidenversicherung, Gesetz die Sicherung der Bauforderungen, sowie eine Tabelle der, Rinsabelle, Tabelle zur Berechnung von Hölzern, Portofach u. Der Notizkalender erscheint in Taschenformat u. kostet nur 30 Pfg. Bestellungen beliebe man baldigst per Postkarte an den

Verlag der „Deutschen Zimmermeister-Zeitung“ Mannheim

zu richten.

4592

### Unterricht Existenz!



Knaben und Mädchen können sich in ihren freien Stunden bei Tag oder abends durch den Besuch unserer Kurse gründlich und billig, für den Berufsstand, die Kaufmannschaft etc. vorbereiten und sich eine auskömmliche, gesicherte Existenz schaffen. Hunderte der von uns aus allen Berufsklassen herangebildeten Damen und Herren bezeugen sich heute in gut bezahlten Stellen, wofür zahlreiche Anerkennungen vorliegen. Besten, Altates und einzigen Privat-Handelslehr-Institut am Platze mit mehr staatl. gepr. und kaufm. gebildeten Lehrkräften!! Volksschulbildung genügt

9741

### Vermischtes

### Solide Herren

erhalten bei einer Abgabe und monatlichen Teilzahlungen

### Anzüge nach Mass

unter Garantie für la. Stoffe und vorzüg. Befortm zu hohen Preisen. 6604

### Spezialangebot für Beamte.

Anfragen erbeten unter „Schneidermeister“ Nr. 6804 an die Expedition des Bl.

### Geldverkehr.

### Beteiligung.

Ich suche mich mit 20-30 Tausend an einem solch. Unternehmen zu beteiligen, an liebsten mit einem jungen fr. Raume mit ähnlichem Kapital. Offert. unt. 14138 an die Expd. des Bl.

Wir 21.000 an 1.000 Stk (40 %) gebräut. für 1 Haus Rate der Stadt bei Verbit nur vom Selbstgeber. Offert. unt. Nr. 33664 an die Expd.